

Population
and Policy

Discussion
Paper

9.6.²⁴
No 21
Mai 2024

hast eine
schöne
stimme
x9.6.²⁴
#mach dein kreuz
Kommunal- & Europawahl



Autorin
Claudia Neu

Ertüchtigen statt entmutigen

Ertüchtigungsstrategien für eine resiliente Zivilgesellschaft

POPULATION
EUROPE



THE NETWORK OF EUROPE'S LEADING
DEMOGRAPHIC RESEARCH CENTRES

Impressum

Population Europe Secretariat

Markgrafenstraße 37
10117 Berlin, Germany

Fon +49 30 2061383-30
E-Mail office@population-europe.eu
Web www.population-europe.eu
Twitter @PopulationEU

© 2024 Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e. V. im Namen des Netzwerks „Population Europe“. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht notwendigerweise die Meinung der Herausgeber*innen oder der Redaktion wieder.

Der Abdruck von Artikeln, Auszügen und Grafiken ist nur für nicht kommerzielle Zwecke erlaubt. Um Zusage von Belegexemplaren wird gebeten.

Gefördert durch die Stiftung Mercator im Rahmen des Projekts „Regionale Bevölkerungsvielfalt und gesellschaftlicher Zusammenhalt vor Ort“.

STIFTUNG
MERCATOR

ISSN

2512-6172

Autorin

Claudia Neu

Layout

The Brettinghams GmbH, Berlin, Germany
Karen Olze / Judith Miller

Druck

Newprint blue GmbH
Berliner Str. 13, 10715 Berlin
www.newprint-blue.de

No 21 / Mai 2024

Claudia Neu

Ertüchtigen statt entmutigen

Ertüchtigungsstrategien für eine resiliente Zivilgesellschaft

Inhalt

Zusammenfassung	4
Einleitung	4
Demografie und Demokratie	6
Demografische Veränderungen	6
Alterung	6
Vielfalt	7
Raum	7
„Demografie ist unerbittlich“	8
Gesellschaftliche Dynamiken	9
Wohlstand für alle?	9
Ungleichwertige Lebensverhältnisse	11
(Un-)Zufriedenheit mit der Demokratie	13
Ruck nach rechts?	14
Gefährdeter Zusammenhalt?	17
Bedrohte Zivilgesellschaft?	18
Undemokratische Gefühle	20
Verunsichert	20
Abgehängt	21
Vereinsamt	23
Ressentimentgeladen	24

Gesellschaft aushalten	26
Gleichwertige Lebensverhältnisse schaffen	26
Die Macht der Gefühle – Angstnarrative ersetzen	26
Verstehen, ohne einverstanden sein zu müssen –	27
„demoSlam“: ein Format für Verständigung	
Über rechte Akteur*innen informieren	29
Konflikte bearbeiten – Krisen- und Konfliktmanagement etablieren	30
Gut vorbereitet – Kommunales Konfliktmanagement	31
Begegnung und Kommunikation	34
„Weimar“ oder spielend Demokratie lernen	35
Zivilgesellschaft stärken – Verbündete suchen	36
Gegenproteste organisieren	37
Mit den eigenen Methoden schlagen... Die Aktion „Recht gegen rechts“	37
Perspektive der Betroffenen einnehmen	39
„ProPalaver“ – Debatte statt Attacke	39
Auf Frauen schauen	41
Fazit	42
Die Autorin	42
Literatur	43
Bildnachweise	47

Zusammenfassung

„Vielfachkrisen“ setzen der deutschen Bevölkerung zu. Negative Gefühle der Verunsicherung und Enttäuschung paaren sich mit zunehmender Skepsis den demokratischen Institutionen gegenüber. Die AfD schickt sich an, laut Wahlprognosen zweitstärkste Kraft im Land zu werden. Die Menschen reagieren „empfindlich“, wenn sie ihre Erwartung an wirtschaftliche Prosperität und gesellschaftliche Teilhabe nicht erfüllt sehen; oder in ihren Augen der „implizite Gesellschaftsvertrag“ verletzt wird (Mau et al. 2023, S.22). Somit spielen sowohl die demografische und sozioökonomische Lage als auch die Deutung der Situation eine entscheidende Rolle bei der Verfestigung antidemokratischer Haltungen. Das Leben beziehungsweise die Wahrnehmung, in einer „vergessenen Region“ zu leben und an den sozialen Rand gedrängt zu werden, können anfällig machen für Einsamkeit, Ressentiments und antidemokratische Haltungen. Passgenau schließen sich an diese Verlustnarrative rechtspopulistische und rechtsextreme Erzählungen eines von den „Eliten betrogenen Volkes“ an, die mit Vergemeinschaftungsangeboten geschickt verknüpft werden.

Um den Angriffen von rechts begegnen zu können, braucht es neben einem klaren Bekenntnis zur Demokratie auch sozialpolitische Maßnahmen, um die soziale und territoriale Ungleichheit in Deutschland nicht noch zu vergrößern und so das Reservoir für die Wahlerfolge der AfD zu befüllen. Der politische Leitgedanke der „Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse“ muss konsequent verfolgt werden. Neben stärker politisch ausgerichteten Maßnahmen braucht es eine Kommunikationswende in Politik und Öffentlichkeit, die nicht länger die Angstnarrative der AfD bedient und sich an gemeinsamen Interessen der Bevölkerung – Klimawandel, Demokratie, Zusammenhalt – ausrichtet. Hierzu gehört auch, über wirtschaftliche und soziale Konsequenzen populistischer und extremer Politiken aufzuklären. Auf lokaler Ebene gilt es, die demokratische Zivilgesellschaft zu stärken. Dafür braucht es nicht nur inklusive Räume der Begegnung und Konfliktaushandlung, sondern auch ein besseres (kommunales) Konfliktmanagement und die Einübung von Kommunikationsstrategien gegen rechte Angriffe. Eine so gestärkte Zivilgesellschaft ist in der Lage, rechte Raumgewinne in Stadt und Land zurückzudrängen.

Einleitung

„Die Massenproteste gegen rechts haben deutlich gemacht: Viele Menschen wollen dem Erstarken der extremen Rechten nicht länger zuschauen. Sie wollen eine demokratische Gesellschaft ohne Wenn und Aber. Dabei dürften die Proteste eher einen lautstarken Anfang als das Ende der Auseinandersetzungen markieren. Denn die Entwicklungen und Krisen, die der extremen Rechten den Nährboden bereiten, bestehen weiterhin. Der zivilgesellschaftliche Aufbruch ist dabei zugleich Angebot und Aufforderung an die Politik, eine andere Mitte zu finden, die sich von den nach rechts schiebenden Narrativen der ‚Besorgten Bürger‘ löst.“
Daniel Mullis 2024

Eine eindrucksvolle Zahl von Menschen ist seit Mitte Januar 2024 auf die Straße gegangen, um dem Erstarken der rechtspopulistischen und rechtsextremen Kräfte in Deutschland entgegenzutreten und sich für Demokratie und Mitmenschlichkeit stark zu machen – und das nicht nur in Großstädten, sondern auch in Kleinstädten und im ländlichen Raum. Ausschlaggebend war der Beitrag des Medienhauses CORRECTIV, das Anfang des Jahres 2024 aufdeckte, dass Mitglieder der AfD und weitere als rechtsradikal einzustufende Akteur*innen im November des Vorjahres an einem nichtöffentlichen Treffen in Potsdam teilgenommen hatten. Im Zentrum des Treffens stand die Diskussion um einen sogenannten „Masterplan Remigration“, der schlussendlich eine massenhafte

Vertreibung von Menschen mit Migrationshintergrund und ihrer Nachkommen aus Deutschland zum Ziel hat. Doch die Protestmärsche zur Stärkung der Demokratie allein werden nicht reichen, um fehlgeleitete AfD-Wähler*innen umzustimmen oder Menschen mit gefestigtem rechtem Weltbild plötzlich in aufrechte Demokrat*innen zu verwandeln. Das Ausmaß der Proteste, das von vielen politischen Beobachter*innen so nicht erwartet worden war, ist sicher ein hoffnungsvoller Anfang, die zeitweise wie erstarrt wirkende demokratische Zivilgesellschaft weiter darin zu bestärken, Haltung gegen rechtspopulistische und rechtsextreme Positionen und Aktionen zu beziehen. Doch dafür braucht es auch klare Zeichen von Verbänden, Vereinen und Parteien, die diese Aktionen der Zivilgesellschaft flankieren.

Deutschland, Europa und die Welt stehen vor einem Superwahljahr. Bereits heute verrät uns die Sonntagsfrage, dass die AfD, wäre nächsten Sonntag Bundestagswahl, zweitstärkste Kraft hinter der CDU/CSU wäre. Wollen die (ost-)deutschen Wähler*innen der Regierung tatsächlich nur einen Denktzettel für Flüchtlingspolitik, Heizungsgesetz und Gendersternchen erteilen? Oder „fischt“ die AfD die, wie es scheint, ohnehin antidemokratisch eingestellten und von der Transformation enttäuschten, ressentimentgeladenen Einstellungen von ostdeutschen Bürger*innen lediglich ab, wie Oliver Decker und Mitautor*innen (2023) darlegen?

Fest steht jedenfalls, dass Demokratieskepsis und Institutionenmisstrauen seit geraumer Zeit steigen. Nur knapp zwei Drittel (65%) der Jugendlichen halten die Demokratie noch für die beste Staatsform (Neu et al. 2023), in Ostdeutschland sind es nicht einmal knapp die Hälfte der Erwachsenen (Decker et al. 2023, S.26). Dies geht Hand in Hand mit dem Gefühl der politischen Deprivation: 55% der Jugendlichen denken, dass „die Politik“ die für die eigene Altersgruppe relevanten Themen nicht hinreichend aufgreife, und nur ein Viertel glaubt, Politik aktiv beeinflussen zu können (Neu et al. 2023, S.4). In Ostdeutschland halten es sogar zwei Drittel der Bevölkerung für „sinnlos, sich politisch zu engagieren, und kaum jemand glaubt, einen Einfluss auf die Regierung zu

haben“ (Decker et al. 2023, S.26). Verschwörungsmethoden und eine wachsende Akzeptanz autoritärer Führungsstile im In- und Ausland befeuern antidemokratische Gefühle dabei ebenso wie die Unzufriedenheit mit der vermeintlich schlechten wirtschaftlichen Lage der Heimatregion. Einsamkeit, verstanden als erlebte soziale Unverbundenheit, kann darüber hinaus anfällig machen für antidemokratische Haltungen, insbesondere für Verschwörungserzählungen (Neu/Küpper 2023; Neu et al. 2023). Für viele ist das Band des Zusammenhalts zwischen dem eigenen Nahraum und der Gesellschaft gerissen (Kersten et al. 2022). Wie kann es gelingen, die massive Verunsicherung und den Missmut der Bevölkerung zu beruhigen? Wie können die zu beobachtende Verrohung der öffentlichen Diskussion, die Kommunikationsunfähigkeit und die mangelnde Bereitschaft, sich auf andere Menschen und Meinungen einzulassen, überwunden werden?

Das vorliegende Papier beleuchtet in einem ersten Schritt den Zusammenhang von demografischem Wandel, regionaler Bevölkerungsvielfalt und dem Unbehagen an der Demokratie sowie dem Aufkommen rechtspopulistischer und rechtsextremer Bewegungen, insbesondere in vermeintlich „abgehängten“ Regionen. In einem zweiten Schritt wird ein Blick auf die besondere Rolle von Emotionen (Illouz 2023), wie Gefühlen von mangelnder Selbstwirksamkeit und Verunsicherung, geringer Relevanz für Politik und Gesellschaft, Vereinsamung oder ressentimentgeladener Abgrenzung gegen andere gesellschaftliche Gruppen, und antidemokratischen Haltungen geworfen. So sind eben auch Stereotype wie Stadt-Land- oder Ost-West-Unterschiede zu hinterfragen, vor allem mit Blick auf die Wahlerfolge radikaler Parteien in unterschiedlichen Regionen. In einem dritten Schritt werden die Ergebnisse von insgesamt zehn Interviews mit Expert*innen¹ aus Wissenschaft, Politik und Zivilgesellschaft dargelegt, im Hinblick auf deren Einschätzung nicht nur zu den Themen Zusammenhalt, Vielfalt, Polarisierung und Extremismus, sondern auch zu wirksamen (Gegen-)Maßnahmen. Darüber hinaus werden fünf Beispiele gelingender Auseinandersetzung und Gegenwehr mit antidemokratischen Strömungen vorgestellt.

¹ Zum Schutz der interviewten Personen werden keine Namen der Expert*innen genannt.

Demografie und Demokratie

In den vergangenen Jahrzehnten ist Deutschland vielfältiger geworden, nicht nur im Hinblick auf eine deutliche Erhöhung des Lebensalters, die mit einer Differenzierung des Lebensabschnitts Alter etwa in junge Senior*innen oder Hochaltrige einherging, auch die ethnische Zusammensetzung hat sich durch jahrzehntelange Migration verändert. Heute besitzen rund 24 Millionen Menschen in Deutschland einen Migrationshintergrund (Destatis 2024a). Aber auch die politische Landschaft ist vielfältiger geworden: seit 2017 sitzt die Alternative für Deutschland (AfD) im Bundestag; im Januar 2024 gründete sich am anderen Ende des politischen Spektrums das Bündnis Sahra Wagenknecht. Im Folgenden werden kurz die demografischen Trends aufgerufen sowie die gesellschaftlichen Dynamiken dargelegt, dabei zeigt sich, dass demografische, wirtschaftliche und raumstrukturelle Faktoren in Verbindung mit Abstiegsängsten und einer Hinwendung zu antidemokratischen Haltungen stehen.

Demografische Veränderungen

Schon vor Jahrzehnten wurde für Deutschland eine kontinuierliche Bevölkerungsschrumpfung vorhergesagt. Dieser Trend scheint abgewendet, seit 2015 steigt die Zahl der Einwohner*innen Deutschlands wieder an – auf aktuell 84,6 Millionen Menschen. Es ist unübersehbar, dass die hohen Wanderungsgewinne der 2010er-Jahre der prognostizierten Bevölkerungsschrumpfung entgegenwirken und moderat auch den Anteil der jüngeren Jahrgänge an der Gesamtbevölkerung gestärkt haben. Die zukünftigen Wanderungsbewegungen werden maßgeblich über Bevölkerungswachstum oder -schrumpfung entscheiden. Je nach Höhe des positiven Wanderungssaldos liegt – nach der 15. Koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes – die Zahl der erwarteten Einwohner*innen für das Jahr 2070 zwischen 73,5 und 90,9 Millionen (Destatis 2022).

Eine wachsende Bevölkerung schwächt den Prozess der Alterung jedoch nur bedingt ab, auch weiterhin wird die Zahl der Älteren ansteigen und nur langsam

werden wieder geburtenstärkere Jahrgänge nachrücken. Nach den langen Jahren niedriger Geburtenhäufigkeit stieg die Geburtenziffer zwischen 2012 und 2016 deutlich an auf 1,59 Kinder je Frau. Einen besonderen Impuls erhielt die Fertilität durch eine hohe Geburtenrate der Zuwanderinnen, insbesondere aus Syrien, Irak und Südosteuropa. Dieser Anstieg liegt aber immer noch deutlich unter dem sogenannten „Bestandserhaltungsniveau“, bei dem der Erhalt der Elterngeneration durch die Kindergeneration gesichert ist, von 2,1 Kindern je Frau, und ist starken Fluktuationen unterworfen – bereits im Jahr 2017 sank die Geburtenhäufigkeit wieder auf 1,53 Kinder je Frau, was auch durch eine Abnahme der Geburten bei ausländischen Frauen zurückzuführen ist; aktuell erreichte die Geburtenziffer mit 1,36 Kindern je Frau im Jahr 2023 wieder einen Tiefpunkt, wohl auch wegen Tempoeffekten in Folge der Pandemie und Polykrisen. Wird die mittlere Annahme der zukünftigen Geburtenentwicklung für das Jahr 2070 herangezogen, dann wird in den kommenden Jahrzehnten mit einer Geburtenhäufigkeit von 1,55 Kinder pro Frau gerechnet (Destatis 2022; Bujard/Andersson 2024).

Geburtenhäufigkeit, Alterung und Wanderungsverhalten haben unmittelbaren Einfluss auf das Arbeitskräfteangebot, die Gesundheitsversorgung und Pflege, aber auch auf andere wohlfahrtstaatliche Leistungen wie Bildung und Rente. Verändert sich die Bevölkerung sehr dynamisch im unmittelbaren Lebens- und Wohnumfeld, so kann dies Einfluss haben auf die Zufriedenheit mit der Demokratie, wie weiter unten noch zu zeigen sein wird.

Alterung

Deutschland altert in einem beachtlichen Ausmaß. Die Zahl der Menschen im Alter ab 67 Jahren hat sich im Zeitraum von 1990 bis 2021 um 58% von 10,4 Millionen auf 16,4 Millionen erhöht. Abzusehen ist bereits, dass sich diese Zahl bis Ende der 2030er-Jahre auf mindestens 20,4 Millionen erhöhen wird. Diese Entwicklung zeigt sich auch im Anstieg des durchschnittlichen Alters: 1990 lag es noch bei 39

Jahren, im Jahr 2018 dann bereits bei 44 Jahren, also 5 Jahre höher. Die geburtenstarken Jahrgänge, die 1990 zwischen 20 und 35 Jahren alt waren, rücken nun im Lebensverlauf vor und werden in den beiden kommenden Jahrzehnten in Rente gehen. Da bereits heute 50% der Erwerbspersonen 45 und älter sind, wird, wenn die letzten Jahrgänge der sogenannten „Baby-Boomer“ aus dem Erwerbsleben ausscheiden, das Erwerbspersonenpotenzial bis Mitte der 2030er-Jahre schrumpfen. Würde es keine Nettozuwanderung geben, dann verringerte sich, wiederum nach der Bevölkerungsvorausberechnung, das Erwerbspersonenpotential allein bis 2040 um rund 9 Millionen Menschen. Will man eine Verringerung der zur Verfügung stehenden Erwerbspersonen zumindest ausgleichen, dann müssten zwischen 2022 und 2040 per Saldo jährlich etwa 490.000 Menschen im Alter zwischen 20 und 66 Jahren nach Deutschland zuwandern (Destatis 2022).

Vielfalt

Die Bevölkerungszusammensetzung ist nie statisch oder gar homogen. Krieg, Flucht und Vertreibung oder Naturkatastrophen sowie der Wunsch nach einem besseren Leben haben Menschen schon immer dazu gezwungen oder veranlasst, ihre Heimat zu verlassen. Diese Wanderungsbewegungen verändern nicht nur die Bevölkerungszusammensetzung des Herkunftslandes, sondern auch die des Ankunftslandes. So stieg allein im Jahr 2022 infolge der starken Zuwanderung aus der Ukraine die Bevölkerung in Deutschland um 1,1 Millionen Menschen. Im darauffolgenden Jahr schwächten sich die Zuzüge aus der Ukraine bereits deutlich ab, die Nettozuwanderung belief sich 2023 auf rund 700.000 Menschen (Destatis 2024b). Doch die Welle der Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine ist lediglich der aktuelle Höhepunkt jahrzehntelanger Zuwanderung: der „Gastarbeiter*innen“ seit den 1960er Jahren, dann der Spätaussiedler*innen in den 1980er Jahren, später der Geflüchteten aus Syrien oder im Zuge der Arbeitsmigration aus den EU-Staaten. Die seit Jahrzehnten andauernde, sehr heterogene Zuwanderung hat dazu geführt, dass ein steigender Anteil der Bevölkerung in Deutschland einen Migrationshintergrund besitzt: Im Jahr 2019 waren dies 26% der deutschen Bevölkerung. Dies entsprach gut 21,2 Millionen Menschen,

die Zahl lag im Jahr 2005 noch bei 14,4 Millionen Personen, das bedeutet eine Erhöhung um 47%. Die Zahl der Menschen ohne Migrationshintergrund ging dagegen im gleichen Zeitraum von 66,1 Millionen um rund 8% auf 60,6 Millionen zurück (Destatis 2021, S.31ff.). Menschen mit Migrationshintergrund leben überwiegend in Großstädten, zwischen den Bundesländern bestehen teilweise jedoch sehr große Unterschiede: Der Anteil an Bürger*innen mit Migrationshintergrund betrug etwa in Hessen und Baden-Württemberg jeweils 34%, in den ostdeutschen Bundesländern hingegen unter 8%. Menschen mit Migrationshintergrund waren 2019 mit 35,6 Jahren im Durchschnitt deutlich jünger als ohne Migrationshintergrund (47,3 Jahre). Sie sind häufiger ledig, haben geringere schulische und berufliche Qualifikationen und leben öfter in Armut (Destatis, ebd.).

Die gestiegene Vielfalt in Deutschland bezieht sich jedoch nicht allein auf die ethnische Herkunft der Bürger*innen. In den vergangenen 50 Jahren pluralisierten sich nicht nur Haushalts-, Familien- und Lebensformen, sondern zugleich vollzog sich ein Wertewandel, der Pflicht- und Akzeptanzwerte geschwächt und Selbstentfaltungswerte verstärkt hat. Emanzipation und Bildungsexpansion haben Teilhabechancen in ungeahntem Ausmaß für Millionen von Menschen geschaffen.

Raum

Die demografische Entwicklung fällt regional sehr unterschiedlich aus. Das Bevölkerungswachstum hat sich in den Jahren 2014–2019 vor allem in den Städten abgespielt. In diesem Zeitraum wuchsen Städte mit mindestens 100.000 Einwohner*innen um 1 Million auf 26,3 Millionen (+ 3,7%). Im Unterschied dazu stieg die Zahl von Städten mit weniger als 100.000 Einwohner*innen lediglich um 1,8% (2019: 56,8 Millionen). Nach der Wiedervereinigung lebten 2019 5,4 Millionen Menschen mehr in Westdeutschland (+ 8,8%) und 2,2 Millionen weniger in Ostdeutschland (-15,8% seit 1990) (Destatis 2021, S. 12f.). Zwischen 1999 und 2020 wuchs die Bevölkerungszahl des Bundeslandes Bayern um 17% und war damit Spitzenreiter, gefolgt von Baden-Württemberg und Hamburg mit jeweils einem Plus von 15%. Im gleichen Zeitraum schrumpfte Sachsen-Anhalt um 24%

und Thüringen um 19%. Die 15. Bevölkerungsvorausberechnung erwartet für die kommenden Jahre eine Verlangsamung der regionalen Bevölkerungstrends, insgesamt aber keine Trendumkehr, die ostdeutschen Flächenländer werden auch weiterhin schrumpfen (Destatis 2022). Deutschland ist nach wie vor stark von kleinen und mittleren Städten geprägt: Im Jahr 2019 wohnten 5% der Bevölkerung in Gemeinden mit weniger als 2.000 Einwohner*innen, etwas mehr als ein Drittel (35%) in Gemeinden mit 2.000 bis unter 20.000 Einwohner*innen und 27% in Gemeinden mit 20.000 bis unter 100.000 Personen. In Großstädten mit mehr als 100.000 Einwohner*innen lebten dagegen nur 32% der Bevölkerung (Destatis 2021, S. 33ff.).

„Demografie ist unerbittlich“

Die demografische Zusammensetzung der Bevölkerung ändert sich laufend – zumeist jedoch eher unbemerkt, selbst wenn die Zahl der 100-jährigen Jubilar*innen im Gemeindeblatt steigt, hingegen deutlich weniger Geburten angezeigt werden können. Europaweit sind regional divergierende Alters- und Geschlechterproportionen gut belegt. Spätestens seit der deutschen Wiedervereinigung ließ sich beobachten, dass insbesondere junge Frauen im gebärfähigen Alter die (peripheren) ländlichen Räume verließen, um woanders ihr Glück zu suchen. Dies hinterließ lokal starke Geschlechterungleichgewichte zu Ungunsten der Männer. Viele ostdeutsche Landkreise verzeichnen Ende der 2000er Jahre über 25 Prozent mehr männliche als weibliche Einwohner*innen in den Altersgruppen der 18- bis 24-jährigen beziehungsweise 25- bis 29-jährigen. Die abgewanderten jungen Frauen fehlten jedoch nicht nur als potenzielle Partnerinnen, sondern auch als zukünftige Mütter in den Regionen. Ursächlich für dieses geschlechterselektive Wanderungsverhalten sind die höheren Ansprüche junger Frauen

an Bildung und Beruf sowie eine von ihnen als höher eingeschätzte Lebensqualität in den Städten (Kühn-topf/Stedtfeld 2012).

Geburtenausfälle, hohe Abwanderung junger Menschen, Alterung und Geschlechterungleichheit kumulieren also in einigen Regionen Deutschlands in besonderer Weise und schaffen dadurch eine einmalige demografische Situation. Die Berliner Soziologin Katja Salomo (2019) konnte am Beispiel Thüringens aufzeigen, dass es sich weltweit um eine demografische Besonderheit handelt. In Japan gibt es noch stärker überalterte ländliche Regionen, in China und Indien sind die Geschlechterverhältnisse noch mehr zu Ungunsten der Frauen verschoben, in Südkorea gibt es noch weniger Jugendliche – aber das Phänomen, dass alle Faktoren gleichzeitig auftreten, gibt es nur in Ostdeutschland. Dabei haben die letzten „Baby-Boomer“-Jahrgänge noch nicht einmal vollständig das Renteneintrittsalter erreicht.

Verschärfend kommt hinzu, dass auch zugewanderte Migrant*innen und Geflüchtete diese demografisch und infrastrukturell ausgezehten Regionen alsbald wieder in Richtung Stadt verlassen. In der Folge entsteht eine immer größere demografische Homogenität der „zurückbleibenden“ Bevölkerung. Salomo (2019) befürchtet, dass diese demografischen Dynamiken eine ähnliche Wirkung entfalten wie ungünstige wirtschaftliche Entwicklungen: sie provozieren vor Ort Abstiegsängste und Gefühle der Benachteiligung, die eine Gefahr für die Demokratie darstellen können. Salomo sieht diesbezüglich schwarz: „Aber ich glaube, Demografie ist unerbittlich. Für ökonomischen Wandel kann man Menschen auch einfach Geld in die Hand geben. Es ist viel schwerer, demografische Prozesse einzufangen. Und es ist ein nachgelagerter Effekt: Selbst wenn man Ostdeutschland jetzt sofort zu einem sehr attraktiven Ort für junge Menschen machen würde, dürfte es dauern, den erlittenen Verlust an jungen Menschen auszugleichen“ (DER SPIEGEL 2019).

Gesellschaftliche Dynamiken

„Die Geschichte insgesamt sedimentiert sich, auch in Gestalt sozialer Ungleichheiten, die wiederum mit Lebensorientierungen oder Wahlentscheidungen eng verknüpft sind.“

Raj Kollmorgen in DER SPIEGEL, 6.12.2023

Die aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen erscheinen vielen Bürger*innen enorm: die sozial-ökologische Transformation, der Krieg in Europa, die Demokratie unter Druck. Selbst wenn die Mehrheit der deutschen Bevölkerung in gesicherten Verhältnissen lebt und sich nicht persönlich von Krisen bedroht fühlt, so fällt die Diagnose der Mehrheit der Bevölkerung für das Land deutlich pessimistischer aus: der Zusammenhalt erscheint gefährdet, der soziale Frieden bedroht und Deutschland von Multikrisen geschwächt. Die Krisen-Wahrnehmung ist jedoch nicht vollkommen losgelöst von der sozioökonomischen Lage der Menschen und Regionen. Bewohner*innen wirtschaftlich weniger prosperierender Regionen und Menschen in weniger guten Lebenslagen sind weniger zufrieden mit dem Funktionieren der Demokratie. Doch die Rechtspopulisten und Rechtsextremen finden ihre Anhängerschaft keineswegs nur bei den „Mühsamen und Beladenen“, sondern bis weit in die Mitte der Gesellschaft hinein. Hier verfangen die Narrative von Bedrohung und sozialem Abstieg.

Wohlstand für alle?

Nach Angaben des ARD-Deutschland-Trends vom August 2023 war die Mehrheit der Befragten (83 %) der Meinung, dass der wirtschaftliche Wohlstand in Deutschland nicht gerecht verteilt sei. Lediglich 13 % der Befragten bezeichneten die Verteilung des Wohlstands in der deutschen Gesellschaft hingegen als gerecht (Henrich 2024).

Für diese Einschätzung lassen sich auch empirische Belege finden: Vergleicht man die Entwicklung der

Einkommen seit Ende der 1990er-Jahre, so ist die Einkommensungleichheit gestiegen. Zudem gibt es Hinweise, dass sich diese Ungleichheit durch die Corona-Pandemie noch verschärft hat und aktuell auf hohem Niveau verharrt. Im Jahr 1999 lag der Gini-Koeffizient² bei 0,26, zehn Jahre später (2010) hingegen deutlich höher bei 0,29. Auf diesem erhöhten Niveau blieb der Gini-Koeffizient während der 2010er-Jahre stabil, stieg dann ab 2020 leicht auf 0,30 an und verharrt seitdem auf diesem Wert. Wird das Verhältnis des reichsten zum ärmsten Einkommensquintil betrachtet, dann lag das Einkommen der reichsten 20 % in den Jahren 2010–2019 4,3-mal so hoch wie das der untersten. Seit 2020 wächst dieser Wert: die Steigerung betrug im Jahr 2020 4,5, 2021 4,7 und 2022 4,6. Beide Werte – Gini-Koeffizient und das Verhältnis der Einkommensquintile – deuten auf eine Verschärfung der Einkommensungleichheit in den vergangenen Jahren hin (Brülle/Spannagel 2023).

Für den gleichen Zeitraum lässt sich ebenfalls eine Zunahme der Armutquoten verzeichnen. Im Jahr 2010 lebten in Deutschland 14,6 % der Menschen in Armut, sie hatten weniger als 60 % des mittleren Einkommens zur Verfügung. In strenger Armut lebten im gleichen Jahr 7,7 % der Menschen in Deutschland, das heißt, sie erhielten weniger als 50 % des mittleren Einkommens. Für das Jahr 2022 weist das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut der Hans-Böckler-Stiftung eine Armutsquote von 16,7 % aus. In strenger Armut leben 10,1 % der Menschen in Deutschland. Besonders von Armut betroffen sind (Langzeit-)Arbeitslose, Alleinerziehende, Alleinlebende, Migrant*innen und Geringgebildete (Brülle/Spannagel 2023).

Die eigene Lebenssituation hängt neben dem zur Verfügung stehenden Einkommen auch von den Lebenshaltungskosten vor Ort ab. Gerade hier zeigen sich in Deutschland erhebliche regionale Unterschiede: Neue Berechnungen des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) zum preisbereinigten verfügbaren Einkommen

² Der Gini-Koeffizient ist ein Maß, das die Verteilung der Einkommen misst – bei einem Wert von 0 erhalten alle Personen das gleiche Einkommen, bei einem Wert von 1 hat einer alles, alle anderen nichts.

pro Kopf (Kaufkraft) belegen, dass sich die Verhältnisse zwischen armen und reichen Regionen auch preisbereinigt nicht ändern. In Starnberg können sich die Menschen trotz hoher Lebenshaltungskosten am meisten leisten: die Starnberger*innen haben im Durchschnitt 33.000 € netto im Jahr zur Verfügung. In Herne oder Gelsenkirchen ist dies genau entgegengesetzt. Auch wenn die Lebenshaltungskosten gering sind, so können die Einwohner*innen sich dennoch am wenigsten leisten: Die Gelsenkirchner*innen haben nur 19.000 € im Jahr zur Verfügung und liegen damit um 22,5 % unter dem Landesdurchschnitt (Schröder/Wendt 2023).

Wenig oder kaum Einkommen zu haben, bedeutet alltäglich Entbehrungen zu erleben, hinter anderen

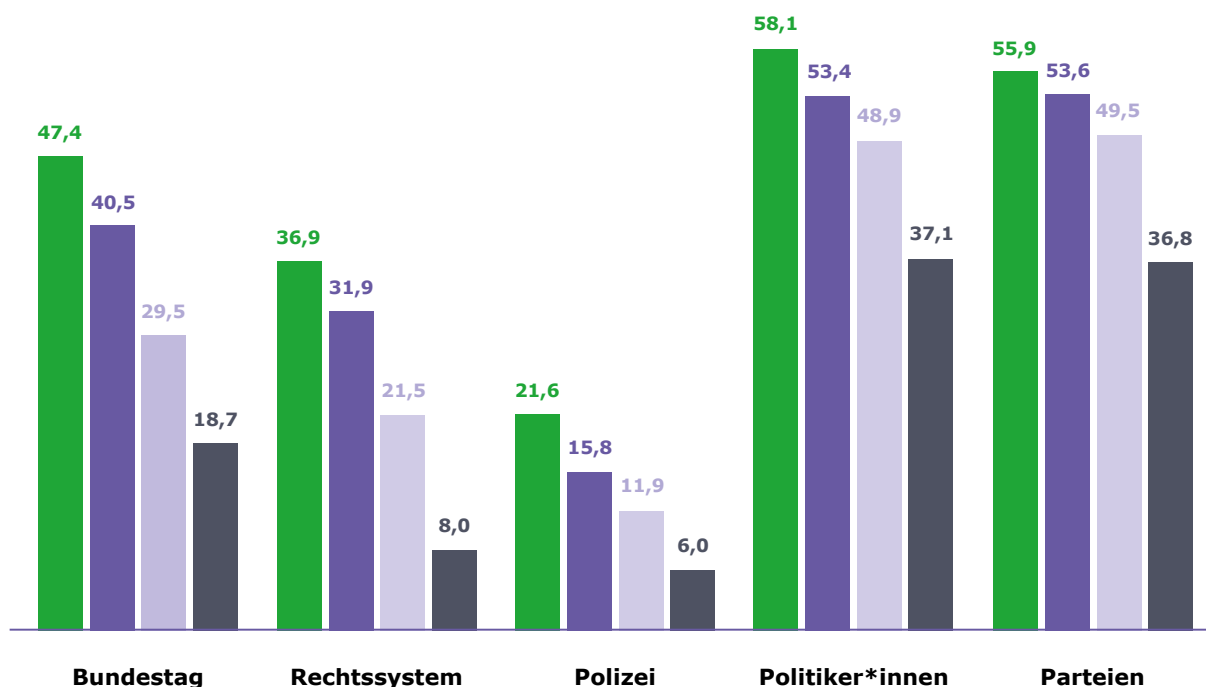
zurückzustehen und sich Sorgen um die eigene wirtschaftliche Situation zu machen. Fast ein Drittel (31%) der sehr Armen macht sich große Sorgen um die eigene Situation, wohingegen dies nur 3% der Einkommensreichen sagen. Ein knappes Viertel (24%) der dauerhaft von Armut Betroffenen nehmen wahr, dass man auf sie herabsehe. Etwas weniger (14%) fühlen sich die temporär Armen (< 5 Jahre in Armut) herabgesetzt. In der Mittelschicht sagen dies nur noch 8%. Die eigene finanzielle Situation schlägt sich auch in den Einstellungen zu demokratischen Institutionen nieder: Dauerhaft arme Menschen vertrauen dem Rechtssystem und der Polizei sowie Politiker*innen und Parteien weitaus weniger als Menschen im mittleren und höchsten Einkommenssegment (vgl. Abb. 1) (Brülle/Spannagel 2023).

Abbildung 1: Geringes Institutionenvertrauen nach Einkommensgruppen 2021

Ausprägungen 0–4 auf einer Skala von 0 „Vertraue ich überhaupt nicht“ bis 10 „Vertraue ich voll und ganz“
Angaben in %

Quelle: Brülle/Spannagel 2023, S. 16

- **Dauerhaft Arme:** Einkommen lag 2017 bis 2021 durchgängig unter 60% des Medianeinkommens
- **Temporär Arme:** Einkommen lag 2021 unter 60% des Medianeinkommens, aber nicht durchgehend seit 2017
- **Mittlere Einkommen:** Einkommen lag 2021 zwischen 60 und 200% des Medianeinkommens
- **Reiche:** Einkommen lag 2021 über 200% des Medianeinkommens



Ungleichwertige Lebensverhältnisse

Die Erreichbarkeit von öffentlichen Gütern und Dienstleistungen ist von entscheidender Bedeutung für die Bewältigung des täglichen Lebens und die gesellschaftliche Teilhabe. Fährt der Bus nur an Schultagen, dann wird es im ländlichen Raum ohne eigenen PKW schwierig, Besorgungen oder Arztbesuche zu erledigen. Ist das Postamt im Stadtviertel oder erst in der nächsten Kreisstadt? Können die Kinder zur Grundschule laufen oder beträgt die Busfahrt vielleicht mehr als 30 Minuten? Gibt es noch einen Begegnungsort, eine Kneipe oder ein Bürgerhaus? Fehlende daseinsvorsorgende Angebote schlagen dementsprechend auf die Zufriedenheit mit dem Wohnumfeld durch. Insgesamt sind die Deutschen nach Angaben des aktuellen Deutschland Monitors '23 im Großen und Ganzen zufrieden mit der Versorgung am Wohnort, wobei einzelne Leistungen positiv beziehungsweise negativ hervorstechen. Die Mehrheit der Deutschen schätzt die Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs als gut ein (Deutschland Monitor 2024, S. 64ff.): Mehr als drei Viertel (81 %) sind (ausgesprochen) zufrieden mit diesen Angeboten. Allerdings fällt die Zufriedenheit mit der Erreichbarkeit der täglichen Einkaufsmöglichkeiten insbesondere in kleinen Gemeinden mit weniger als 5.000 Einwohner*innen signifikant geringer aus als in größeren Kommunen. Mit der hausärztlichen Versorgung sind allerdings nur 59 % (sehr) zufrieden. Wird die Verfügbarkeit von Fachärzt*innen abgefragt, dann sinkt die Zufriedenheit auf 44 %. In den Städten nehmen die Bürger*innen die ärztliche Versorgung als deutlich besser wahr als in kleineren Gemeinden. Dies gilt auch für die Erreichbarkeit von Kultur- und Freizeiteinrichtungen: Mit zunehmender Ländlichkeit geht die Zufriedenheit zurück, besonders in den ländlichen Räumen mit schlechterer sozioökonomischer Lage. Darin dürften sich auch die finanziellen Engpässe vieler kleiner Kommunen widerspiegeln, denen kaum „freie Spitzen“ zur Verfügung stehen, um Angebote im Bereich Kultur und Freizeit zu unterstützen. Umgekehrt verhält es sich mit der Erreichbarkeit der Kinderbetreuungs- und Pflegeeinrichtungen: Hier schneiden kleinere Orte und ländliche Räume besser ab als Großstädte.

Zusammenfassend lässt sich also festhalten: Werden lediglich Einzelindikatoren der Daseinsvorsorge betrachtet, so lassen sich keine klaren Muster zwischen

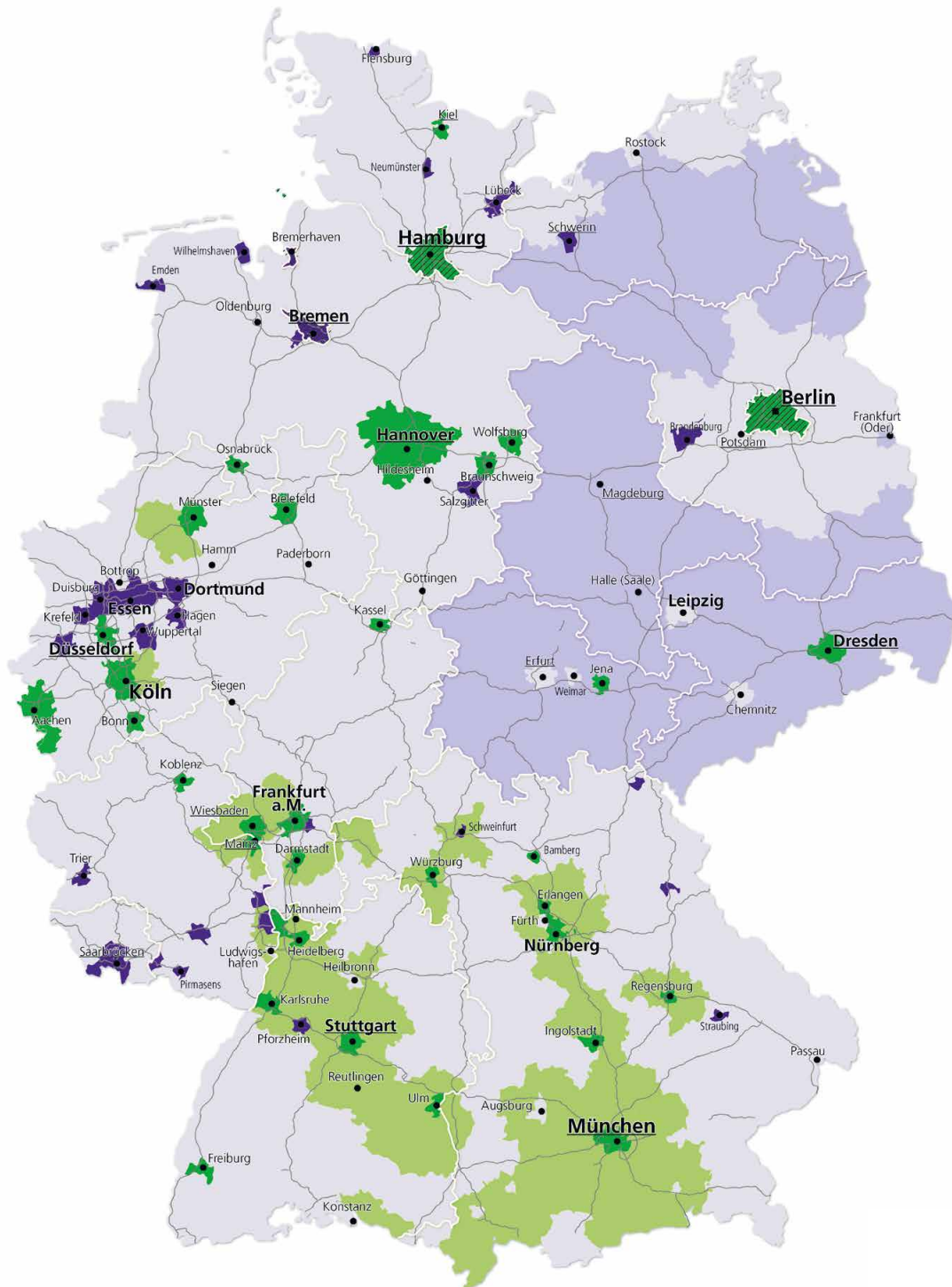
Stadt-Land oder Ost-West nachzeichnen. Denn weder sind alle ländlichen Räume benachteiligt, noch ist Ostdeutschland als Ganzes depriviert. Werden jedoch die unterschiedlichen Daseinsvorsorgeangebote kumuliert, ergeben sich Muster von prosperierenden und weniger prosperierenden Regionen, die auf ungleichwertige Lebensverhältnisse hinweisen.

Mittels einer Clusteranalyse, die sowohl verschiedene Daseinsvorsorgeangebote als auch regionale Wirtschafts- und Finanzkraft sowie Demografie berücksichtigt, konnte gezeigt werden, dass ein gutes Angebot an Infrastruktur und öffentlichen Dienstleistungen häufig auch mit günstigen wirtschaftlichen Voraussetzungen einhergeht: In Kreisen mit höherem Pro-Kopf-Einkommen war in der Regel der Zugang zur Daseinsvorsorge besser, dies traf vor allem auf die kreisfreien Städte zu (Neu et al. 2020, S. 139–148). Der nunmehr dritte Disparitätenbericht der Friedrich-Ebert-Stiftung (Gohla/Hennicke 2023) (vgl. Abb. 2, S. 12) betont ebenfalls die weiterhin bestehende Divergenz regionaler Lebensverhältnisse in Deutschland. Die Mehrheit der Bevölkerung lebe in der „soliden Mitte“, also in gesicherten sozioökonomischen Verhältnissen. Gleichwohl finden sich überwiegend im Süden der Republik, wie auch schon in den vergangenen Jahren, überdurchschnittlich gute Wohn-, Arbeits- und Lebensbedingungen, vor allem im ländlichen Umland. Regionale Gewinner und Verlierer lassen sich jedoch nicht einfach entlang der Kategorie Stadt-Land oder Ost-West ausmachen. Denn viele der strukturschwachen Regionen konnten in den vergangenen Jahren Aufholerfolge verzeichnen: Dort stieg das mittlere Einkommen und die Abwanderung flachte ab. Hohe innerstädtische Miet- und Bodenpreise, die Corona-Pandemie mit ihrem Trend zum Homeoffice sowie der ungebrochene Wunsch nach einem gesunden, naturnahen Leben haben (stadtnahe) ländliche Räume in den vergangenen Jahren als Wohn- und Lebensort wieder attraktiv werden lassen. So konnten Stadt-Umlandgemeinden etwa um Leipzig kräftig zulegen. Periphere Räume profitieren allerdings nicht im selben Maß vom Rückzug aufs Land wie die erweiterten Stadtränder.

Unterschiede in der Erreichbarkeit von daseinsvorsorgenden Einrichtungen zeigen jedoch nicht nur raumstrukturelle Muster, sondern sie sind auch sozial differenziert. Der „6. Armuts- und Reichtumsbericht“ deckte auf, dass Haushalte mit niedrigem Einkommen

Abbildung 2: Die Disparitätenkarte 2023

Quelle: Friedrich-Ebert-Stiftung, www.fes.de/ungleiches-deutschland



Clustertypen:

- Deutschlands solide Mitte
- Dynamische Städte mit erhöhter Exklusionsgefahr
- Wohlhabendes (Um-)Land
- Altindustriell geprägte Städte mit strukturellen Herausforderungen
- Strukturschwache Räume mit Aufholerfolgen
- Stadtstaaten Berlin, Hamburg, Bremen (ohne Daten für kommunale Finanzen)

50 km

im Schnitt mehr Zeit für ihre Wege zu Einrichtungen der Daseinsvorsorge wie Kindergärten, Schulen, Gesundheitseinrichtungen und kulturellen sowie Freizeitangeboten benötigen. Die Unterschiede betragen zwar meist nur wenige Minuten pro Wegstrecke, dies summiert sich aufs Jahr gesehen aber zu einer deutlichen zeitlichen Mehrbelastung auf.³ Haushalte, die längere Wegstrecken zu öffentlichen Einrichtungen zurücklegen müssen, wünschen sich mehr Investitionen in die entsprechenden Bereiche der Daseinsvorsorge und äußern zugleich eine geringere Zufriedenheit mit ihrem Wohnumfeld (Neu et al. 2020, S.154–173; dies.2021).

(Un-)Zufriedenheit mit der Demokratie

Viel war in den vergangenen Wochen von der Unzufriedenheit der Deutschen mit der „Ampelkoalition“ zu hören, von Vertrauensverlusten in die demokratischen Institutionen und wachsender Distanz zur Demokratie. Bei genauer Betrachtung handelt es sich allerdings um unterschiedliche Bewertungsdimensionen von Demokratie: Der Deutschland Monitor '23 erfasst die drei Dimensionen „Zustimmung zur Idee der Demokratie“, „Zufriedenheit mit der Verfassung“ und „Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland“ getrennt voneinander (vgl. Abb.3). Entgegen weit verbreiteter Mutmaßungen stimmt die überwiegende Mehrheit der Deutschen der *Idee der Demokratie* grundsätzlich zu: 73% stehen entschieden zur Demokratie, 24% sind „eher“ für die Demokratie. Lediglich 2% halten nichts davon. Der Unterschied zwischen Ost- und Westdeutschland fällt im Hinblick auf die grundlegende Zustimmung zur Idee der Demokratie nahezu nicht ins Gewicht, allerdings sind in Ostdeutschland nur 60% eindeutig für die Demokratie und 4% lehnen diese Staatsform ganz ab. Bei der Frage nach der *Zufriedenheit mit der Verfassung* fällt die Zustimmung der Deutschen weniger positiv aus: Immerhin 77% in Gesamtdeutschland sind mit der Verfassung (sehr) zufrieden; ein knappes Fünftel (22%) ist wenig oder gar nicht überzeugt. Auch hier liegen die Zufriedenheits-

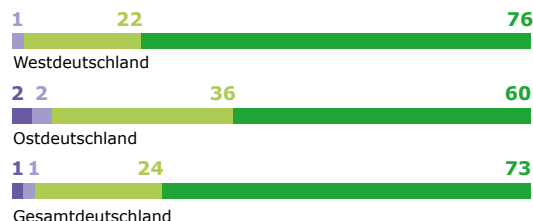
Abbildung 3: Einstellungen zur Demokratie

Angaben in %

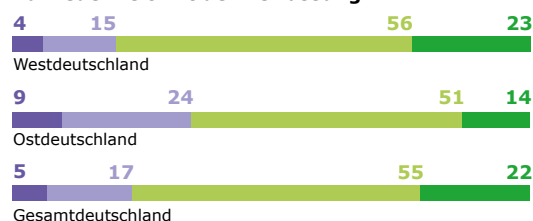
Quelle: Deutschland-Monitor '23, S. 150

■ sehr unzufrieden ■ unzufrieden
■ zufrieden ■ sehr zufrieden

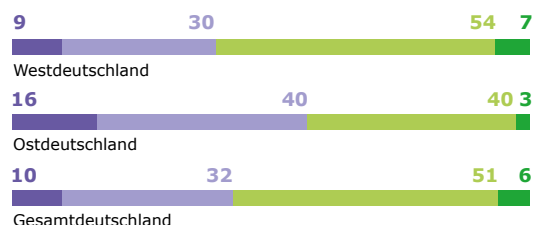
Zustimmung zur Idee der Demokratie*



Zufriedenheit mit der Verfassung



Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland



* Antwortkategorien hier: „entschieden für Demokratie“ (sehr zufrieden), „eher für Demokratie“ (zufrieden), „eher gegen Demokratie“ (unzufrieden), „entschieden gegen Demokratie“ (sehr unzufrieden), diese wurden für die Darstellung angeglichen.

werte in Ostdeutschland (66% (sehr) zufrieden mit Verfassung) unter den Antworten in Westdeutschland (79%).

Besonders auffällig – und besorgniserregend – ist, dass in ganz Deutschland nur 6% mit dem *Funktionieren der Demokratie* sehr zufrieden sind (3% Ost-

³ Der Befund längerer Wegstrecken für ärmere Haushalte hat auch bei Kontrolle auf die Gemeindegröße und weitere Faktoren (beispielsweise Zusammensetzung des Haushalts) Bestand.

deutschland, 7% Westdeutschland). Etwas mehr als die Hälfte zeigt sich zufrieden (51%), jedoch ein knappes Drittel unzufrieden und sogar 10% sehr unzufrieden (9% West-, 16% Ostdeutschland). Bildung, Einkommen und Wohnort haben dabei direkten Einfluss auf die Bewertung der Leistungsfähigkeit der Demokratie: Geringe formale Bildung, wenig Einkommen, mittleres Alter oder ein Wohnort in einem strukturschwachen ländlichen Raum lassen die Zufriedenheit mit der Funktionstüchtigkeit der Demokratie sinken (Deutschland Monitor 2024). Die Autor*innen kommen zu dem Urteil: „Zu Unzufriedenheit mit der Leistungsfähigkeit der Demokratie neigt am ehesten, wer mittleren Alters ist, lediglich über schwache materielle und immaterielle Ressourcen verfügt und mit dem systemkritischen rechten Rand sympathisiert“ (ebd., S.148). Die Identifikation mit der Demokratie ist somit auch von regionalen und sozialen Lebenschancen abhängig.

Ruck nach rechts?

In Europa und Deutschland sind rechtspopulistische Parteien derzeit auf dem Vormarsch. Von Österreich über Ungarn und die Slowakei bis Finnland, Schweden und nun auch den Niederlanden scheint die populistisch-nationalistische extreme Rechte ein fest verankerter Teil des politischen Lebens in Europa geworden zu sein. In Deutschland errang am 8. Oktober 2023 die AfD einen historischen Sieg bei den Landtagswahlen: Sie wurde zweitstärkste Kraft in Hessen und drittstärkste in Bayern, also in zwei ökonomisch relativ gut gestellten Flächenländern des alten Westdeutschland. Wahlprognosen zeigen, dass, wenn nächste Woche Wahlen wären, die AfD vermutlich mit rund 18% die zweitstärkste Partei hinter der CDU/CSU (30%) wäre (Forschungsgruppe Wahlen, wahlrecht.de, 8.3.2024).

Dies macht deutlich, dass der Aufstieg der AfD kein isoliertes ostdeutsches Phänomen ist (zumal Rechtsradikalismus auch in der alten Bundesrepublik verbreitet war), das nur am Rande der Gesellschaft stattfinden würde. Auch die im September 2023 herausgegebene Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung „Die distanzierte Mitte“ (Zick et al. 2023) belegt, dass rechtsextreme Einstellungen in den vergangenen zwei Jahren stark angestiegen und weiter in die

Mitte der Gesellschaft vorgerückt sind. Mit 8% ist der Anteil von Befragten der Mitte-Studie 2022/23 mit klar rechtsextremer Orientierung gegenüber dem Niveau von knapp 2 bis 3% in den Vorjahren erheblich angestiegen. Ob es sich um einen einmaligen „Ausreißer“ nach oben aufgrund besonderer Umstände, wie der Erschöpfung durch Multikrisen, handelt und die Werte in absehbarer Zeit wieder absinken werden, bleibt aktuell noch abzuwarten. Im Einklang mit den Befunden der Langzeitstudie „Deutsche Zustände“ (Heitmeyer 2002–2011) gehen auch die interviewten Expert*innen (s. unten) davon aus, dass schon in den vergangenen Jahrzehnten antidemokratische bis hin zu menschenfeindliche Einstellungen in der Mitte der Gesellschaft zu beobachten gewesen seien. Allerdings konnten diese Positionen erst durch die Gründung der AfD zu einer politischen Stimme und in Wahlerfolge umgemünzt werden. Die Radikalisierung der AfD mag einige potenzielle Wähler*innen abgeschreckt haben, war jedoch in weiten Teilen mit ihren Angstnarrativen (etwa vor dem „Anderen“ und vor dem Verlust des „Eigenen“) durchaus anschlussfähig an die Gefühlslage ganzer Bevölkerungsteile (Biskamp 2016) (vgl. Kapitel „Undemokratische Gefühle“, S.20). Individuelle Ängste vor sozialem Abstieg, vor Terror oder „Fremden“ bleiben dagegen politisch weitgehend folgenlos, wenn sie nicht von einer Partei wie der AfD synchronisiert und auf bestimmte Feinde hin ausgerichtet werden: auf „die Elite“, die Politik oder die Migrant*innen. Zuletzt war diese gelenkte Synchronisierung individueller Sorgen gut bei den Bauernprotesten zu erleben.

Neue Rechte – Populismus – Rechtsradikalismus – Rechtsextremismus

Die Begriffe „Neue Rechte“, „Populismus“, „Radikalismus“ und „Extremismus“ werden häufig nicht trennscharf definiert und nicht selten synonym verwendet. Als Sammelbegriff, auch im Wissen um Unterschiede und Besonderheiten der jeweiligen Phänomene, hat es sich allgemein eingebürgert, von „Rechts“ oder den „Rechten“ zu sprechen. Auch wenn diese Praxis in der vorliegenden Broschüre verfolgt wird, lohnt es sich dennoch einen kurzen Blick auf die einzelnen Strömungen zu werfen.

Die *Neue Rechte* ist dabei vor allem als eine eher intellektuell geprägte Strömung zu verstehen, deren

Ziel die „geistige Erneuerung“ des Rechtsextremismus ist. Argumentativ erfolgt eine klare Abgrenzung gegen die „Alte Rechte“ und den Nationalsozialismus, gleichwohl werden Individualismus, Liberalismus, Parlamentarismus und Vielfalt abgelehnt. Völker sollen also nicht mehr vernichtet, sondern „nur“ nicht mehr vermisch werden. Anstelle einer demokratischen Staatsform soll ein ethnisch homogener, elitär oder autoritär geführter Staat treten, für dessen Errichtung auch der Einsatz politischer Gewalt gebilligt wird. Der Neuen Rechten geht es vor allem darum, Diskurse zu verändern und in der Gesellschaft zu verankern. Sie zielen bei den zumeist publizistischen Aktivitäten (Wochenzeitschrift „Junge Freiheit“ oder Publikationen aus dem Antaios Verlag von Götz Kubitschek) vor allem auf eine milieübergreifende Anschlussfähigkeit zwischen konservativem Bürgertum und Rechtsextremen ab (Küpper et al. 2023, S.96; Bundeszentrale für politische Bildung o.J.).

Populismus wird im Allgemeinen als „dem Volke nach dem Munde reden“ verstanden. Ganz zentral ist das Narrativ eines von den „korrupten Eliten“ betroffenen „rechtschaffenen Volkes“ (Anti-Elitismus). Charakteristisch für den *Rechtspopulismus* ist, dass zum Anti-Elitismus der Anti-Pluralismus hinzutritt – nicht nur „Volk versus Eliten“, sondern auch die Konfliktachse „homogenes Wir versus die fremden Anderen“. Im Unterschied zum Rechtsextremismus agiert der Rechtspopulismus zumeist noch im Verfassungsrahmen – obschon das System kritisiert und publizistisch wie politisch angegriffen wird. Populist*innen setzen sich häufig für Elemente direkter Demokratie ein, um dem „Volk“ vermeintlich zu seinem Recht zu verhelfen. *Rechtsextremist*innen* hingegen lehnen das Konzept der liberalen Demokratie grundsätzlich ab und trachten nach ihrer (gewaltsamen) Überwindung. Zu den zentralen Dimensionen einer rechtsextremen Ideologie gehören unter anderem die Verharmlosung der NS-Ideologie, der Sozialdarwinismus, der eine „natürliche“ Hierarchie und Auslese zwischen den Menschen unterstellt, die Fremdenfeindlichkeit und der Antisemitismus.

Besondere Unterscheidungskriterien zwischen *Rechtsradikalismus* und *-extremismus* sind die jeweiligen Einstellungen zur Verfassung und Gewalt: mit zunehmender Manifestation rechter Ideologie verfestigt sich das geschlossene rechte Weltbild, erfolgt eine Radikalisierung hin zum Extremismus unter zuneh-

mender Ablehnung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung und steigender Gewaltbilligung und -affinität (Küpper et al. 2023; Schröder et al. 2022). Die definitorischen Abgrenzungen dürfen aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Grenzen fließend und die Eskalationsstufen kaskadierend sind. Letztlich eint die rechten Phänomene die Ideologie einer behaupteten Ungleichwertigkeit von Menschen als kleinster gemeinsamer Nenner.

In den vergangenen Jahren hat sich der Rechtsextremismus stark gewandelt, was sich nicht zuletzt im Heranrücken an die gesellschaftliche Mitte manifestiert. Reichsbürger*innen, Querdenker*innen, Corona-Leugner*innen, „besorgte“ Bürger*innen, Montagsspaziergänger*innen oder protestierende Landwirt*innen werden flankiert von rechtsextremen Akteur*innen, die deren Narrative aufnehmen und verstärken, letztlich auch um eine neue Klientel zu gewinnen. Neue Allianzen mit nicht-rechtsextremen Bürger*innen haben sich gebildet: Rechtsextreme besetzen Posten in der Elternvertretung, im Sportverein und der Stadtverwaltung, um von hier aus ihre demokratiezersetzende Kraft zu entfalten (Zick/Mokros 2023, S.55f.).

Soziodemografische Merkmale von Extremist*innen

Nach Angaben des Verfassungsschutzes ist das sogenannte rechtsextremistische Personenpotential weiter angewachsen und lag im Jahr 2022 bei 38.800 (2021: 33.900). Als gewaltbereite Rechtsextremist*innen werden 14.000 Personen eingeschätzt (2021: 13.500). Gestiegen ist auch die Zahl der „Reichsbürger*innen“ und „Selbstverwalter*innen“ von 21.000 auf 23.000 im Jahr 2022, von denen 2.300 Personen als gewaltorientiert eingeschätzt werden (2021: 2.100). In diesem Segment sind die Anstiege im Jahr 2022 noch auf die Corona-Proteste, dann aber auch den Ukraine-Krieg zurückzuführen. Der Verfassungsschutz schätzt das linksextremistische Personenpotential als nahezu so hoch ein wie das rechtsextreme: hierzu werden insgesamt 36.500 Personen gezählt (2021: 34.700). Mehr als jede*r vierte Linksextreme ist demnach als gewaltorientiert einzuschätzen (Bundesministerium des Inneren und für Heimat 2023). Der Verfassungsschutz Baden-Württemberg hat 2021 Angaben

zu Geschlecht und Alter der rechtsextremen Akteur*innen gemacht. In Baden-Württemberg betrug das rechtsextreme Personenpotential in diesem Jahr 1.900 Menschen. Deutlich mehr, nämlich 3.000, werden dem Milieu der „Reichsbürger*innen“ und „Selbstverwalter*innen“ zugeordnet, von denen 3% eindeutig rechtsextreme Positionen vertreten. Frauen nehmen einen geschätzten Anteil von ca. 20% bei den Rechtsextremist*innen und 29% bei den „Reichsbürger*innen“/„Selbstverwalter*innen“ ein.

Im Hinblick auf das Alter rechtsextremer Akteur*innen gilt die Faustregel, dass Rechtsextremist*innen eher jung sind (bis 39 Jahre) und die Zahl der Anhänger*innen mit dem Alter abnimmt. In den vergangenen Jahren haben sich allerdings alle Altersgruppen zahlenmäßig verstärkt, insbesondere die unter 20-jährigen. Womöglich, konnte die rechte Szene besonders viele junge Menschen mobilisieren. Diese Ergebnisse decken sich auch mit den Daten der aktuellen Mitte-Studie: ein gefestigtes rechtes Weltbild haben vor allem die Jüngeren mit 12,3%, wohingegen diese Einstellungen in den mittleren Lebensjahren deutlich zurückgehen (8,1%) und ab 65 Jahren bei 4,4% liegen (Zick/Mokros 2023, S. 76). Bei den „Reichsbürger*innen“ und „Selbstverwalter*innen“ liegt das Alter allerdings deutlich höher, die Gruppe der 50 bis 59-jährigen ist am stärksten besetzt (Verfassungsschutz Baden-Württemberg 2021).

Ursachen – uneindeutig!

In den Gesellschaftswissenschaften finden sich vor allem zwei große Linien in der Ursachenforschung für das (Wieder-)Erstarken populistisch-nationalistisch extremrechter Parteien. Weitgehende Einigkeit besteht über den Einfluss von Globalisierung, Neoliberalisierung und der damit verbundenen sozialen Abstiege (ganzer Regionen, Klassen und sozialer Gruppen, wie etwa der Facharbeiter*innen der Automobilindustrie oder der Landwirt*innen) sowie von Prekarisierung und Verarmungsprozessen (u.a. Dörre 2019, Pieper 2023). Die Ängste und Verunsicherung vor ökonomischen Abstiegen und die gefühlte Krisenbetroffenheit greifen weit in die gesellschaftliche Mitte hinein aus (Zick et al. 2023). Neben den sozio-ökonomischen finden sich auch eher kulturell- oder identitätspolitisch orientierte Erklärungsansätze: Ausgangspunkt ist die Annahme der Forschenden, dass

Sympathisant*innen rechter Weltdeutungen die Zumutungen einer immer diverser werdenden, pluralen und multiethnischen Welt abzuwehren versuchen. Gleichstellungspolitik, Klimabewegung und Mobilitätswende werden von ihnen, zugespitzt formuliert, als weltfremde und feindselige Ideen von urbanen und/oder „grünen“ Eliten und „Hipstern“ abgelehnt. Die so Verunsicherten oder Ressentimentgeladenen besinnen sich in einer Gegenreaktion verstärkt auf traditionelle Werte, und wesentliche Bevölkerungsteile bleiben so einem auf Sicherheit, Konformität und Folgebereitschaft ausgerichteten Wertekanon verbunden (Norris/Inglehardt 2019; Mau et al. 2023, S. 13). Lokal ausgelegte Arbeiten (für die USA Hochschild 2017, für Deutschland u.a. Mau 2019) zeigen jedoch, dass sozioökonomische und kulturelle Faktoren sich nicht trennen lassen und im Alltag eng verzahnt auftreten. Ein dritter Forschungsstrang beschäftigt sich seit einiger Zeit mit dem Einfluss sozialräumlicher Faktoren, etwa in der Entgegensetzung von Stadt-Land oder Ost-West, beziehungsweise fehlender Daseinsvorsorge auf antidemokratische Haltungen und populistische Wahlerfolge (u.a. Neu 2022; Deppisch 2019; Deppisch et al. 2019).

Kompositionseffekte – Kontexteffekte

In diesem Zusammenhang ist von besonderem Interesse, wie sich die regional differenzierten Wahlerfolge der AfD erklären lassen. Zwei Erklärungsansätze bieten sich an: 1. Die Wahlerfolge sind Ergebnis von tradierten kulturellen Werten, Normen und Gebräuchen des Ortes und seiner Bewohner*innen (Kompositionseffekt); oder 2. sie liegen in den demografischen, sozialen, ökologischen, infrastrukturellen Bedingungen vor Ort (Kontextfaktoren) begründet.

So können historische *Kontexte* und Pfadabhängigkeiten, wie die „Vererbung“ von Wahlverhalten (Rees et al. 2021), sowie politische oder kulturelle Prägungen die Wahrscheinlichkeit beeinflussen, rechtspopulistische oder rechtsextreme Parteien zu wählen. Lukas Haffert (2021) etwa hat untersucht, wie die Unterdrückung der deutschen Katholiken im 19. Jahrhundert durch Otto von Bismarck bis heute die politische Unterstützung für die AfD beeinflusst. Er kann zeigen, dass in katholischen Regionen vornehmlich auf dem Gebiet des ehemaligen Staates Preußen, in denen die Unterdrückung besonders in-

tensiv war, sich ein starkes katholisches Milieu mit Laienorganisationen und deutlicher Distanz zu Staat und Klerus herausgebildet hat. Bis heute weisen diese katholischen Regionen im Vergleich zu den süddeutschen Regionen, die weniger von Repressionen betroffen waren, geringere Unterstützung für die AfD auf. Larissa Deppisch (Deppisch et al. 2023) kann zudem den Einfluss politischer Kulturen auf die Wahlerfolge der AfD belegen: Die AfD kann dann in (eher) ländlichen Regionen punkten, wenn die Unzufriedenheit mit den Lebensverhältnissen mit einer lokal dominanten rechts-konservativen Kultur einhergeht. Wenn jedoch die lokale politische Kultur eher links-liberal geprägt ist, dann kommt die AfD trotz hoher Unzufriedenheit mit der infrastrukturellen Ausstattung der Region nicht zum Zuge. In strukturstarken ländlichen Räumen herrscht umgekehrt eine hohe Zufriedenheit mit den lokalen Lebensverhältnissen vor, die AfD kann trotz lokal dominanter rechts-konservativer Kultur kaum Wahlgewinne erzielen.

Es ist jedoch nicht davon auszugehen, dass Kompositionseffekte allein ausschlaggebend sind für die Wahl der AfD. Vielmehr ergänzen sich Kompositionseffekte und *Kontexteffekte*, also Effekte, die auf die wirtschaftlichen, demografischen, naturräumlichen und sozialen (Lebens-)Umstände zurückzuführen sind. Finden sich Hinweise für die Vermutung, dass Menschen, die an wirtschaftlich benachteiligten und infrastrukturell ausgezehrten Orten leben, besonders der AfD zuneigen? Ähnlich wie die Partei Bündnis 90/Die Grünen zeigen die Wahlerfolge der AfD regionale Muster, wobei die Grünen die Partei der Städte und des prosperierenden Südens bleiben, während die AfD eher in ländlichen Räumen und in Ostdeutschland Erfolge erzielt. Einerseits verlaufen die AfD-Wahlerfolge nicht gradlinig zwischen Stadt und Land, und es scheinen auch nicht primär die peripheren ländlichen Räume für rechte Haltungen anfällig zu sein, sondern eher die weniger ländlichen:

So waren etwa die sächsischen Kreise, in denen die AfD bei der Bundestagswahl 2021 besonders viele Zweitstimmen gewann, eher geringfügiger ländlich geprägt. Allerdings gewann die AfD bei der Bundestagswahl 2021 im Unterschied zur Bundestagswahl 2017 in Westdeutschland etwas stärker in sehr ländlichen Gemeinden⁴ (Stroppe/Jungmann 2022; Deppisch et al. 2023; Deppisch 2019). Zudem finden sich Belege für die Annahme, dass die AfD am ehesten dort gewählt wird, wo der Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen schlecht ist, nicht aber zwingend in kleinen und ländlichen Kommunen (Diermeier 2020)⁵. Somit lässt sich festhalten, dass nicht der Stadt-Land-Gradient allein ausschlaggebend ist für die Wahlerfolge der AfD, vielmehr ist es auch die Wahrnehmung der Ausstattung des Wohnumfeldes, der ostdeutsche Wohnort beziehungsweise die ostdeutsche Sozialisation (Zick/Mokros 2023, S. 81–83), die die Wahlerfolge der AfD begünstigen.

„Wenn Personen in einem Kreis wohnen, der durch hohe Ländlichkeit, ein niedrigeres mittleres Einkommen oder schlechte Erreichbarkeit von Infrastruktureinrichtungen gekennzeichnet ist, hängt dies mit einer erhöhten Chance, die AfD zu wählen, zusammen.“

Stroppe/Jungmann 2022, S. 57

Gefährdeter Zusammenhalt?

Die Frage nach dem gesellschaftlichen Zusammenhalt stellt sich insbesondere in Zeiten tiefgreifender Veränderungen. Doch ein Blick auf den aktuellen Diskurs macht schnell klar, dass Zusammenhalt sehr unterschiedlich verstanden werden kann: mal als Kitt der Gesellschaft, der die Menschen solidarisch verbindet, mal als Gefühl der Verbundenheit, das die Klammer zwischen Kulturen und Identitäten herstellt.

⁴ Die Untersuchung nutzte die sogenannte Thünen-Typologie: Es wird die Dimension Ländlichkeit verwendet, um ländliche von nicht-ländlichen Regionen abzugrenzen und um innerhalb dieser Raumkategorie zwischen eher ländlichen und sehr ländlichen Räumen zu unterscheiden (Deppisch et al. 2023, S. 1f.).

⁵ In einer von Stroppe/Jungmann gerechneten multivariaten Analyse (Ost/West, Ländlichkeit, Entfernung zu Daseinsvorsorge, Medianeinkommen) bleibt nur der Faktor Ostdeutschland signifikant, das heißt in Ostdeutschland zu wohnen, geht mit einer höheren Wahrscheinlichkeit einher, AfD zu wählen. Alle anderen Faktoren sind nicht mehr signifikant, ggf. weil Ländlichkeit, Daseinsvorsorge und Einkommen stark interkorreliert sind (Stroppe/Jungmann 2022, S. 54).

Aber auch der Konflikt kann zusammenhaltstiftend wirken, indem durch Aushandlungen neue Positionen und Repräsentationen, Anerkennung und Teilhabe entstehen. Zusammenhalt wird stark normativ verstanden – als etwas Gutes und Erstrebenswertes. Wir wissen jedoch, dass Zusammenhalt besonders stark ist, wenn er sich gegen andere ausrichtet. Denken wir nur an die Fußballfans im Stadion.

Auch in Öffentlichkeit und Politik ist die Betonung gesellschaftlichen Zusammenhalts zu einer festen Größe geworden. Das mag vor allem daran liegen, dass in Zeiten von Vielfachkrisen das soziale Band als besonders gefährdet erlebt wird. So stellen die Deutschen dem gesellschaftlichen Zusammenhalt ein denkbar schlechtes Urteil aus: In einer Umfrage von Infratest dimap für die ARD-Themenwoche „Wir gesucht“ (2022) hielten 65% der Befragten den Zusammenhalt für (eher) schlecht, 32% für eher gut, und lediglich 1% glaubte, dass er sehr gut sei. Ostdeutsche Befragte schätzten das gemeinsame Miteinander noch schlechter ein, hier sahen 74% den Zusammenhalt als (eher) schlecht an. Drei Viertel (73%) der Jüngeren (18–34 Jahre) sind hier ebenfalls kritisch. Allerdings wird insbesondere der gesellschaftliche Zusammenhalt auf bundesweiter Ebene als gefährdet eingestuft, im Nahumfeld wird das soziale Miteinander sehr viel positiver eingeschätzt. Als besonders positiv wird der Zusammenhalt in der Familie und im Freundeskreis erlebt: Hier stimmen neun von zehn Befragten zu (Schwenk 2022).

Etwas weniger positiv, aber immer noch gut wird das soziale Miteinander in der Nachbarschaft, im Kreis der Kolleg*innen und der Gemeinde eingeschätzt (Schwenk 2022; Teichler et al. 2023, S. 71; Kersten et al. 2022). Allerdings erleben Menschen mit höherer Bildung und höherem Einkommen häufiger als in den anderen Befragtengruppen einen guten Zusammenhalt in ihrer Familie, der Nachbarschaft oder am Arbeitsplatz (Teichler et al. 2023, S. 71). Vereine, Kultur- und Freizeiteinrichtungen spielen nach Einschätzung der Befragten eine große Rolle für das Gemeinschaftsleben, wie 76% der Antworten erkennen lassen. Politik und Parteien (28%) sowie Kirchen (27%) werden dagegen nicht mehr als zentrale Integrationsmotoren wahrgenommen (Schwenk 2022).

Konflikte dienen dem Zusammenhalt, denn insgesamt machen die Menschen in Deutschland die posi-

tive Erfahrung, dass in solchen Auseinandersetzungen Lösungen herbeigeführt werden können. Diese Einstellung trifft jedoch wieder deutlich häufiger auf gebildete und wohlhabende Bürger*innen zu (Teichler et al. 2023, S. 71, 78). Ungeachtet der konstruktiven Konfliktkultur im sozialen Nahbereich glauben die Deutschen, dass gesellschaftliche Konfliktlinien vor allem zwischen Arm und Reich verlaufen. Die unterschiedlichen Einstellungen zu den Corona-Maßnahmen wurden im Jahr 2022 noch als Gefahr für den Zusammenhalt eingestuft. Etwas weniger als zwei Drittel (62%) sehen große Konflikte zwischen Einheimischen und Zugewanderten (Schwenk 2022). Eine besondere Herausforderung für die Überwindung dieser Gräben stellt jedoch die gesellschaftliche Segregation dar – sei es in Städten (Helbig/Jähnen 2018), homogenen Bekanntenkreisen (Teichler et al. 2023) oder Filterblasen in den sozialen Medien (Schwenk 2022) –, da so milieübergreifende Kontakte und Konflikte behindert werden.

Bedrohte Zivilgesellschaft?

Deutschland ist ein Land der Aktiven: Nach den Ergebnissen des Freiwilligensurveys (Simonson et al. 2022) waren im Jahr 2019 66% der Deutschen ab 14 Jahren gemeinschaftlich aktiv. Sie engagierten sich etwa als Mitglied in der Freiwilligen Feuerwehr, sangen im Chor oder spielten Tennis im Verein. Von diesen Aktiven übten 38% mindestens eine freiwillige Tätigkeit aus, das heißt sie übernahmen auch eine Aufgabe, wie Jugendtrainer*in oder Chorleiter*in. Bürgerschaftliches Engagement wird hier verstanden als eine Teilnahme an Aktivitäten, die „freiwillig und gemeinschaftsbezogen ausgeführt werden, im öffentlichen Raum stattfinden und nicht auf materiellen Gewinn gerichtet sind“ (ebd.).

Seit vielen Jahren ist vom Funktionswandel der Zivilgesellschaft die Rede. Gemeint ist damit, dass das stärker institutionalisierte und formalisierte Engagement und Ehrenamt, wie es in Traditionsvereinen, Kirchen oder Gewerkschaften anzutreffen ist, immer häufiger von weniger formalisierten oder freien Gruppen und Initiativen ergänzt wird. Ein bunter Strauß an Engagements kann zu diesen freien Gruppen gezählt werden, sei es eine Frauenlaufgruppe, eine Handarbeitsgruppe oder eine Artenschutzinitiative.

Entscheidend ist, dass keine Statuten oder Satzung vorliegen (Neu/Nikolic 2024).

Bürgerschaftliches Engagement wird stets mit dem „Guten“ und „Gemeinschaftlichen“ verbunden. Engagierte treiben längst nicht mehr bloß Sport oder musizieren, vielmehr ergänzen ihre Aktivitäten die Daseinsvorsorge, sie stiften Zusammenhalt oder arbeiten generationsübergreifend an Zukunftsfragen (Neu 2023).

Die starke normative Aufladung von Engagement und Ehrenamt blendet jedoch häufig die „dunkle Seite“ mancher Aktivitäten aus. Geht man davon aus, dass sich AfD-Wähler*innen in gleichem Maße bürgerschaftlich engagieren wie Wähler*innen anderer Parteien, so impliziert dies, dass auch Engagierte in nicht unerheblichem Maße mit dem rechten Rand sympathisieren (vgl. für Sportvereine Delto et al. 2023). Wie soll man etwa damit umgehen, wenn der Skatbruder ein Rechtspopulist ist, der Trainer der Fußballjugend ein persönliches Problem mit Zuwanderung hat und die Vorsitzende des Fördervereins der Grundschule ein erkonservatives Familien- und Gesellschaftsbild vertritt? Zivilgesellschaft hat keine Zugangskontrollen, keine Gatekeeper, die nur diejenigen „mitspielen“ lassen, die demokratisch beziehungsweise menschenrechtskonform und europäisch denken. Engagement und Ehrenamt sind an sich gesellschaftliche Bereiche, die sich selbstorganisieren und von staatlichen Eingriffen frei sein sollten (Strachwitz 2023, S. 4f.). Was aber, wenn sich rechtes Gedankengut in der Bürgergesellschaft breitmacht, bisher Unsagbares plötzlich offen proklamiert wird, wenn ein Teil der Bevölkerung mit extremistischem Gedankengut sympathisiert und der andere schweigt (Neu/Nikolic 2024)? Rechtspopulistische und rechts-extreme Umtriebe machen sich jedoch nicht nur in den bestehenden Engagement-Strukturen breit, sondern sie bauen ihre eigenen politischen Netzwerke, Vereine und Freizeitangebote auf, um direkt in die Zivilgesellschaft hineinwirken zu können. Was geschieht, wenn der ehrenamtliche Bürgermeister der AfD angehört? Wenn rechtsextreme Konzerte in peri-

pheren ländlichen Räumen besonders begünstigende Gelegenheitsstrukturen vorfinden, gerade weil die demokratische Zivilgesellschaft schwach ausgeprägt ist (Deppisch et al. 2023)? Dann fällt es schwer und ist es vielleicht auch gefährlich, auf die Selbstregulierung von Engagementstrukturen zu setzen. Vielmehr hat sich in einigen Kommunen bereits eine antidemokratische (Gegen-)Öffentlichkeit herausgebildet, die ihrerseits Freizeit- und Vergemeinschaftungsangebote unterbreitet (Naumann 2021).

In Italien lässt sich augenblicklich gut beobachten, was mit „unliebsamem“ Personal im öffentlich-rechtlichen Rundfunk, den Museen und anderen öffentlichen Einrichtungen geschieht, wenn es zu einem Regierungswechsel kommt: Sie werden in großem Stil entlassen und die Posten durch Parteifreund*innen der Fratelli d'Italia besetzt. Es braucht nicht viel Fantasie, um sich vorzustellen, was nach einem Wahlsieg der AfD auf Landes- oder Kommunalebene geschehen könnte: Antidemokratische Kräfte werden weiterhin zivilgesellschaftliche Akteur*innen delegitimieren, die nicht ins rechte Weltbild passen. Darüber hinaus werden sie die (finanziellen) Handlungsspielräume der zivilgesellschaftlichen Gegenöffentlichkeit einschränken, die sich für Vielfalt und Inklusion einsetzt. Umso bedauerlicher ist es, dass sich einzelne Politiker*innen zwar klar von der AfD absetzen, aber dennoch ihren „Sound“ bedienen. Bereits heute erleben wir, wie die Aktionen der „Letzten Generation“ selbst von Politiker*innen und Medien als Feindbild und Teil eines Elitenprojektes desavouiert werden. Wahlweise warnte CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt vor dem Entstehen einer „Klima-RAF“. Bundeskanzler Scholz nannte die Aktionen der „Letzten Generation“ „völlig bekloppt“, und Berlins Justizsenatorin mutmaßte, die „Letzte Generation“ sei eine kriminelle Vereinigung. Auch die Bild-Zeitung war – wie immer – nicht zimperlich und bezeichnete die Klimaaktivist*innen als „Klimachaoten“, „Klima-Extremisten“ oder „Klimakriminelle“ (Schönborn 2024). Längst ist aber klar, dass dieser AfD-„Sprech“ nur den Rechten neue Wahlerfolge bringt und nicht den bürgerlichen Parteien.

Undemokratische Gefühle

„Nur Gefühle verfügen über die Macht, empirische Beweise zu leugnen, unsere Motivation zu bestimmen, unsere eigenen Interessen in den Schatten zu stellen und dabei zugleich Antworten auf konkrete soziale Situationen zu geben.“

Eva Illouz 2023, S. 15

Der heutige Rechtsextremismus hantiert nicht mehr lautstark mit Rassenlehre oder „Blut- und Boden“-Ideologie, auch wenn dieses Gedankengut gelegentlich noch aufscheint, wie bei den „völkischen Siedlern“ oder den aktuell bekannt gewordenen „Re-Migrationsplänen“. Vielmehr mobilisieren die rechten Akteur*innen ihre Anhänger durch die Ansprache von Gefühlen, die Inszenierung von Bedrohungen und durch Verunsicherung. Diskurse um mehr Geschlechtergerechtigkeit werden zu Diskriminierungskampagnen gegen Männer umgedeutet, „political correctness“ mutiert zur Gefahr für die Meinungsfreiheit, und das Lastenrad wird zum Symbol der Bevormundung urbaner „Hipster“ über die Landbevölkerung. Aktionen und soziale Bewegungen, die eigentlich Ungleichheit begegnen sollen, wie Antidiskriminierungskampagnen und Gendersternchen, deuten rechte Akteur*innen diskursiv zu Bedrohungsszenarien für die arrivierte bürgerliche Mitte um. Diese Erzählungen sind damit unmittelbar anschlussfähig an die diffusen Krisenwahrnehmungen, Bedrohungs- und Zurücksetzungsgefühle vieler Menschen (Kersten et al. 2024). Simon Strick nennt dieses Phänomen „reflexiven Faschismus“, da die neuen rechtsextremen Ideologien eben nicht ausschließlich revisionistisch oder traditionell auftreten, sondern sich perfekt an die neoliberale Flexibilisierung der spätkapitalistischen Gesellschaften – vor allem in ihren analogen wie digitalen Kommunikationsformen – angepasst haben (Strick 2021, 127ff.). „Diese wirksamen rechten Gefühle und ihre offensichtliche Attraktivität führen zu der Annahme, dass die reflexiven Faschist*innen sich nicht ausschließlich aus unbelehrbaren Überlegenheitsfanatiker*innen und autoritätsfixierten Totalitären rekrutieren. Seine Subjekte werden mittels ‚Betroffenheit‘ auf andere Weise angerufen, als konventionelle Erklärungen zu Totalitarismus und Ideologie es implizierten [...]“ (Strick 2021, S. 129). Auf diese Weise könnten die von den Rechten angesprochenen

Bürger*innen deren menschenfeindliche Ideologien ignorieren und müssten dazu keine Haltung einnehmen; zumal sie sich hier in ihrer Verunsicherung, ihrem „Abgehängtsein“, ihrer Vereinsamung, ihren Ressentiments und ihrem Groll angesprochen und verstanden fühlen. Derartige Gefühle lassen sich unschwer durch gute Argumente und wissenschaftliche Expertisen entkräften, da die Vereinsamten, Verunsicherten, Abgehängten und Ressentimentgeladenen sich nach Gemeinschaft, Kontakt und Wertschätzung nachgerade sehnen (Kersten et al. 2024). Rechtspopulistische und rechtsextreme Parteien versprechen ihren (potenziellen) Wähler*innen gerade gesellschaftlichen Zusammenhalt ohne Vielfalt und appellieren an das Bedürfnis nach Stabilität und Ordnung. Teil dieser Gemeinschaft zu sein, ruft Gefühle der politischen Selbstwirksamkeit hervor, denn nichts verschafft heute so sicher Aufmerksamkeit, wie ein „Neonazi“ zu sein (Neu et al. 2023).

Verunsichert

„In Zeiten der Krise müssen Demokratien mit Belastungen besonders umsichtig umgehen, weil etwas ‚auf der Kippe steht‘. Im Idealfall kann die Demokratie als ein erfolgreicher Krisenregulator verstanden werden, weil ihr die Auseinandersetzung und der Konflikt als Elemente eigen sind und sie fähig ist, Krisen zu meistern und im besten Falle gestärkt aus der Krisenbewältigung zu kommen.“

Andreas Zick und Elif Sandal-Önal 2023, S. 219

„Vielfachkrisen“ schlagen sich auch in der Lebens- und Politikzufriedenheit vieler Bürger*innen nieder. Die Klimakrise, die Kriege in Europa und dem Nahen Osten, die Zumutungen der Energiewende, die wirtschaftliche Flaute oder die anhaltende regionale Abwanderung führen für viele Menschen zu dem Eindruck, mit Deutschland ginge es permanent bergab. Die aktuelle Studie des *rheingold Instituts* (2021, S. 7–9) „Orientierung in der Krisenpermanenz“ zeigt, dass die Pandemie als Ausgangspunkt einer Kaskade von Krisen erlebt wurde. Persönliche Verunsicherung,

Angst vor Wohlstandsverlusten und sozialem Abstieg können Folgen einer dauerhaft empfundenen Krisenwahrnehmung sein. Über 60% der in der *rheingold*-Studie Befragten berichten von großer Erschöpfung, sie sehen sogar keinen Ausweg aus den Krisen (ebd.).

Auch im Winter 2022/23 hatten die diversen Krisen die Menschen noch fest im Griff, wie die aktuelle Mitte-Studie belegt (Zick/Sandal-Önal 2023, S. 227f.): Lediglich ein Viertel (24%) der Befragten sah sich selbst als (eher) krisenfest, die Mehrheit von 42% der Befragten nahm sich als (eher) krisenunsicher wahr, rund 34% schätzten sich als krisenambivalent ein. Individuell sehr stark von den Krisen betroffen zu sein, glaubten nur ein knappes Drittel der Befragten (31%). Zugleich vermuteten aber 39% der Befragten, dass Menschen wie sie selbst (eher) stark von Krisen bedroht seien. Im Unterschied zur persönlichen Betroffenheit glaubte mehr als die Hälfte der Befragungsteilnehmer*innen (55%), dass Deutschland als Ganzes (eher) stark von Krisen betroffen sei.

Die Krisenwahrnehmung fällt je nach wirtschaftlicher Prosperität und Region durchaus unterschiedlich aus: In strukturschwachen Regionen nehmen die Bewohner*innen die Krisen stärker wahr als in strukturstärkeren (Zick/Sandal-Önal 2023, S. 240). Die Bewohner*innen westdeutscher Regionen sehen ebenfalls Krisenrealitäten, äußern sich im Vergleich zu den Befragten in den ostdeutschen Regionen jedoch weniger dringlich, emotional und aufgeregt über mögliche Zukunfts- und Abstiegsängste. Dies geschieht in Westdeutschland vor allem im Bewusstsein, dass das Wohlstandsniveau im Vergleich zu anderen europäischen Ländern noch immer als sehr hoch eingeschätzt wird. Unabhängig von der Prosperität einer Region werden Verlustängste in Ostdeutschland deutlich emotionaler und vehementer erlebt. Dies mag auf die bereits gemachten (negativen) Transformationserfahrungen der vergangenen Jahrzehnte zurückzuführen sein. Die Wiedervereinigung brachte für viele Menschen nicht nur neue Konsummöglichkeiten, sondern auch gescheiterte Träume und Berufskarrieren. Darüber hinaus bleiben, trotz beachtlicher wirtschaftlicher Angleichungsprozesse, bis heute Wohlstandsunterschiede bei Lohn und Vermögen. Ostdeutsche sind daher deutlich sensibler im Hinblick auf (vermeintliche) Wohlstandsverluste (Deutschland Monitor 2024, S. 210). Die subjektive Krisenwahrnehmung korrespondiert also mit den objektiven Lebensumständen.

Wie gehen die Menschen nun mit diesen „Vielfachkrisen“ um? In der bereits erwähnten *rheingold*-Studie (2021, S. 9) fühlen sich drei Viertel der Befragten (74%) den Krisen gegenüber „passiv ausgeliefert“, lediglich 24% der Befragten sehen in der Krise einen aktiven Gestaltungsspielraum. Welche gesellschaftlichen Strategien präferieren Menschen in Krisensituationen? Setzen sie eher auf die Schließung der „eigenen“ Reihen oder befürworten sie Zusammenhalt und Solidarität mit den Notleidenden? Die aktuelle Mitte-Studie konnte zeigen, dass die Befragten insgesamt eher einer inklusiven beziehungsweise offenen Krisenbewältigung zuneigen, das heißt sie sehen es als wichtig an, dass Menschen in Krisen zusammenhalten, die Gesellschaft solidarisch mit den Schwächsten ist und auf den Rat von Expert*innen und der Wissenschaft hört. Je krisenunsicherer die Befragten sich selbst wahrnahmen, desto eher präferierten sie den Modus der „Schließung“, etwa wenn sie befürworteten, dass die Grenzen stärker kontrolliert werden, alte Tugenden wiederaufleben sollen oder das „deutsche Volk“ seine Stärke zeigt (Zick/Sandal-Önal 2023, S. 230). Darüber hinaus gehen Krisenunsicherheit mit rechtsextremen Einstellungen zusammen: „Krisenungewissheit bringt Menschen dazu, Rechtsextremismus zu befürworten, wenn sie denken, dass die Krisen eine Bedrohung für sie und das Land sind und sie sich für einen Schließungsmodus der Krisenbewältigung entscheiden“ (ebd., S. 234). Im umgekehrten Fall führt die geringe subjektive Krisenbetroffenheit bei den Befragten zu einer stärkeren Zustimmung zu einer Krisenbewältigung durch eine Öffnung der Gesellschaft hin zu mehr Zusammenhalt und Solidarität. Was nicht überrascht: diejenigen, die diesen Öffnungsmodus wählen, sind eher demokratisch eingestellt (ebd., S. 236).

Abgehängt

„Das Empfinden, der eigene Lebensraum werde benachteiligt, hat Auswirkungen auf das politische Bewusstsein. Wer sich ‚abgehängt‘ fühlt, neigt etwa eher zu populistischen Einstellungen. Und wer ein starkes ‚Abgehängtsein‘ empfindet, ist tendenziell auch mit dem Funktionieren der Demokratie sehr unzufrieden.“

Deutschland Monitor Kurzbericht 2024, S. 4

Seit einigen Jahren mehren sich Erzählungen über enttäuschte Gerechtigkeitsvorstellungen, Marginalisierung und kulturelle Abwertung ganzer Bevölkerungsgruppen oder Regionen. Besonders eindringlich schildert Arlie Russel Hochschild in ihrem viel beachteten Buch „Fremd in ihrem Land“ (2017) vom ungebrochenen Fortschrittsglauben, dem Stolz und Arbeitsethos im tiefen Süden der USA, aber auch von den Entwertungserfahrungen, der Wut und den Globalisierungsängsten, die viele Wählerinnen und Wähler in die Arme der ultrakonservativen Tea-Party getrieben und Trumps Wahl zum Präsidenten ermöglicht haben. Hochschild beschreibt eine polarisierte US-amerikanische Gesellschaft, in der nicht Wissen und Informationen die Sichtweisen und Standpunkte der Menschen bestimmen, sondern eine emotional aufgeladene Wahrnehmung der Welt, die darüber entscheidet, wie sie die wirtschaftliche Entwicklung, die Globalisierung und die Politik empfinden und welche politische Konsequenzen sie daraus ziehen. Hochschild fasst diese konservativen Erzählungen zu einer „Tiefengeschichte“ (*deep story*) der alltäglichen Weltansichten zusammen, die „sich für viele Menschen wie die eigentliche Wahrheit“ anfühlt (Hochschild 2017, S. 27). Diese „Tiefengeschichten“ lassen sich auch in Deutschland erzählen. Arbeiter*innen, die den rechtspopulistischen Parteien zuneigen, berichten ebenso wie Landwirt*innen, die sich um die Zukunft ihres Hofes sorgen, von der Deklassierung und Marginalisierung ihrer Arbeit und ihres Lebensstils (Neu 2022; Dörre 2019; Pieper 2023).

Larissa Deppisch (2019) konnte mittels einer umfassenden Diskursanalyse aufzeigen, dass in der Öffentlichkeit drei verschiedene *Narrative* des „Abgehängtseins“ kursieren: Menschen fühlen sich 1. infrastrukturell abgehängt, in Folge von Abwanderung, Alterung und damit einhergehend der Ausdünnung von Angeboten der Daseinsvorsorge; 2. wirtschaftlich, aufgrund von Arbeitslosigkeit, unbewältigtem Strukturwandel oder einer regional weniger guten wirtschaftlichen Lage; und schließlich handelt es sich 3. bei den kulturell Abgehängten,

so der Diskurs, um Menschen, die einen traditionell konservativen Lebensstil führen und kosmopolitisch-moderne Einstellungen, wie die Offenheit für Diversität oder die gleichgeschlechtliche Ehe, ablehnen. Diese Narrative haben gemeinsam, dass sich die vermeintlich „Abgehängten“ von den regierenden Parteien in ihren Ängsten und Sorgen nicht ernstgenommen fühlen.

Wie bereits bei Hochschild dargelegt, wird auch hierzulande besonderes Augenmerk auf die Verknüpfung von Gefühlen der Zurücksetzung und des „Abgehängtseins“ mit den Wahlerfolgen populistischer und rechtsextremer Parteien – insbesondere in entlegenen ländlichen Räumen – gerichtet. Aber auf wie viele Menschen trifft dieses Gefühl des regionalen „Abgehängtseins“ überhaupt zu? Der Deutschland Monitor '23 kommt zu dem Ergebnis, dass sich 21% der Deutschen regional abgehängt fühlen, 6% sogar sehr stark⁶. Wird die wirtschaftliche Prosperität einer Region mit in die Betrachtung einbezogen, dann ergeben sich deutliche Unterschiede: Menschen, die in weniger prosperierenden Regionen leben, betrachten sich eher als abgehängt als Bewohner*innen wirtschaftlich starker Regionen. Im Vergleich zu Westdeutschland (8%) beschreiben sich in Ostdeutschland mehr als doppelt so viele Menschen als abgehängt (19%); selbst in ostdeutschen Regionen mit hoher Prosperität liegen die Werte deutlich über den Werten für prosperierende Regionen im Westen (Deutschland Monitor 2024, S. 89). Es bleibt jedoch festzuhalten, dass sich die ganz überwiegende Mehrheit der Deutschen nicht regional benachteiligt sieht.

Die vorgestellten Ergebnisse sind gleichwohl mit Vorsicht zu betrachten, denn weder ist der gesamte Osten wirtschaftlich depriviert, noch sind alle ländlichen Räume abgehängt. Dennoch speisen sich Gefühle des regionalen Zurückfallens aus der Erfahrung mit der Dynamik des demografischen Wandels (Alterung und Abwanderung), De-Industrialisierung und Infrastrukturabbau. Denn wer mit der Infrastrukturausstattung am Wohnort unzufrieden ist, die

⁶ Die Werte beruhen auf einem Mittelwert-Index, der aus vier Subdimensionen des Abgehängtseins zusammengesetzt ist: 1. politisch-repräsentativ („Die Politikerinnen und Politiker in Berlin interessieren sich nicht für meine Region“), 2. kulturell („Die Menschen im Rest Deutschlands respektieren nicht, wie die Menschen in unserer Region leben“), 3. wirtschaftspolitisch-distributiv („Die Politik hat zu wenig getan, die Situation in meiner Region zu verbessern“) und schließlich 4. die wirtschaftliche Dimension („Meine Region ist wirtschaftlich schlechter entwickelt als andere Regionen“).

wirtschaftliche Entwicklung der Region nicht positiv wahrnimmt und sich vor sozialem Abstieg fürchtet, neigt eher zu Gefühlen des „Abgehängtseins“. Die Wahrnehmung der eigenen Benachteiligung schlägt sich dann auch in der politischen Einstellung nieder. Menschen, die sich selbst als abgehängt wahrnehmen, neigen auch häufiger zu populistischen Einstellungen und sind eher mit dem Funktionieren der Demokratie unzufrieden. Kaum überraschend, sehen sich besonders die Anhänger*innen der AfD als regional benachteiligt (Deutschland Monitor 2024, S. 92). Allerdings konnte Larissa Deppisch (Deppisch et al. 2023) in ihren Untersuchungen, wie bereits weiter oben ausgeführt, zeigen, dass auch bei hoher Unzufriedenheit mit der Infrastrukturausstattung in (eher) ländlichen Regionen die AfD nur Wahlerfolge einfahren konnte, wenn dort eine rechts-konservative politische Kultur vorlag.

Vereinsamt

Seit der Corona-Pandemie ist Einsamkeit für viele Menschen greifbarer geworden. Unter Einsamkeit wird das Gefühl verstanden, die eigenen sozialen Netzwerke qualitativ oder quantitativ nicht als ausreichend für das eigene Wohlbefinden zu erleben (Perlman/Peplau 1981). Das negative Gefühl der Einsamkeit lässt sich so gut von einem freiwillig gewählten Alleinsein abgrenzen. In Deutschland litten nach Berechnungen mit dem European Social Survey vor der Pandemie nur rund 5% der Bevölkerung (sehr) häufig unter Einsamkeit. Im europäischen Vergleich lagen diese Werte eher am unteren Rand. Die skandinavischen Länder wiesen in den 2010er-Jahren noch geringere Werte auf, in den südosteuropäischen Ländern hingegen waren wesentlich mehr Menschen betroffen (d’Hombres et al. 2021). Auswertungen mit dem Sozioökonomischen Panel (SOEP) belegen für Deutschland im gleichen Zeitraum etwas höhere Werte: In den Jahren 2013 und 2017 litten rund 10% der Befragten oft oder sehr oft unter Einsamkeit, während 14% der Befragten angeben, sich manchmal einsam zu fühlen. Dies änderte sich grundlegend mit der Corona-Pandemie, in der sehr viele Menschen – vielleicht auch zum ersten Mal in ihrem Leben – das Gefühl ergriff, einsam zu sein. Dies schlägt sich auch in den Daten des SOEP nieder: Im ersten und zweiten Lockdown gaben 40–42% der

Befragten an, manchmal einsam zu sein (Entringer 2022). Und auch wenn heute die Zeit der sozialen Isolation schon eine gute Weile her ist, mehren sich dennoch die Anzeichen, dass die Einsamkeitsprävalenz noch nicht wieder auf das Niveau vor Ausbruch der Pandemie zurückgegangen ist. In einer aktuellen Umfrage des Allensbach-Instituts gaben 26% der Befragten an, sich manchmal einsam beziehungsweise sehr allein zu fühlen (Petersen 2023). Neue Untersuchungen belegen zudem, dass Jugendliche und junge Erwachsene nach wie vor mit den Folgen der Pandemie zu kämpfen haben. Die Studie „Extrem einsam?“ weist darauf hin, dass 55% der repräsentativ befragten Jugendlichen und jungen Erwachsenen zwischen 16 und 23 Jahren mindestens manchmal die Gesellschaft anderer Menschen vermissen (Neu et al. 2023).

Die Ursachen für Einsamkeit können vielfältig sein. Einerseits ist gut untersucht, dass individuelle Faktoren, wie Gesundheit, Behinderung, Arbeitslosigkeit, Migrationshintergrund oder Alleinleben, das Risiko erhöhen, an Einsamkeit zu leiden (Hawkey et al. 2022). Dass auch soziodemografische, sozial- und raumstrukturelle Faktoren eine Rolle spielen, wird erst seit einigen Jahren untersucht. So können fehlende Gelegenheitsstrukturen wie Parks oder Freizeitangebote das Risiko erhöhen, an Einsamkeit zu leiden (Bücker et al. 2020; Lyu/Forsyth 2022). Gleichzeitig nehmen einsame Menschen ihre Umwelt dunkler, unerfreulicher und unsicherer wahr. Sowohl junge als auch erwachsene Menschen, die von Einsamkeit betroffen sind, kennen insgesamt weniger Wohlfühlorte und fühlen sich an nahezu allen Orten unwohler als nicht-einsame Menschen. Diese „Unwohlorter“ sind nicht nur öffentliche Räume, wie Schule, Universität oder Arbeitsplatz, sondern auch eher private Räume oder das eigene Zuhause (Neu et al. 2023; Neu/Küpper 2023). Einsamkeit trübt nicht nur den Blick auf die Umgebung, sondern schmälert auch das Vertrauen in Mitmenschen, Institutionen oder sogar den korrekten Ablauf von Wahlen (Schobin 2020). So antworten einsame Menschen auf Stresssituation feindseliger (Cacioppo/Cacioppo 2018), gehen seltener zur Wahl und nutzen darüber hinaus die Möglichkeiten politischer Partizipation weniger als nicht-einsame Menschen (Langenkamp/Bienstman 2022).

Zugleich fühlen sich einsame Menschen – wiederum im Vergleich zu nicht-einsamen Menschen – politisch

weniger selbstwirksam. Sie haben also häufiger den Eindruck, sie würden politisch nicht gehört und seien politisch machtlos. Einsame unterstützen weit häufiger populistische Kandidat*innen und Parteien (Bender 2021). Sie glauben häufiger Verschwörungserzählungen (Neu et al. 2023), die sich „gegen die Eliten“ und „das korrupte System“, aber auch gegen die „Anderen“, im schlimmsten Fall gegen vermeintliche „Volksfeinde“ richten und die oftmals antisemitische Züge tragen können (Kersten et al. 2024).

Die Mitte-Studie 2023 legt offen, dass einsame Menschen sich auch im Vergleich zu nichteinsamen Personen häufiger als Opfer von Diskriminierung (40% Einsame vs. 9% Nichteinsame) sehen. Zugleich aber neigen Einsame ihrerseits signifikant und deutlich eher zu Abwertung anderer sozialer Gruppen als nicht-einsame Menschen (Neu/Küpper 2023, S. 346ff.). Einsamkeit stellt mithin also nicht nur ein individuelles Problem dar, sondern kann demokratiezersetzende Kraft entwickeln.

Ressentimentgeladen

Menschen, die Ressentiments in sich tragen, fühlen sich ebenfalls von der Gesellschaft emotional abgekoppelt. Doch ist die vorherrschende Gefühlslage weniger traurig und zurückgezogen als grollend und vorwurfsvoll. Ressentimentgeladene Menschen haben eine seelische Verletzung oder eine emotionale Zurücksetzung erlebt, die sie nicht zurückweisen oder verarbeiten, sondern die sie nur ohnmächtig hinnehmen können. Diese ohnmächtige Triebunterdrückung führt dazu, dass der von Ressentiments geleitete Mensch das Gefühl seiner Erniedrigung emotional immer wieder durchlebt. Er oder sie gräbt diesen feindseligen Affekt in sich ein, so lange bis Verbitterung und Selbstvergiftung die Oberhand gewonnen haben (Kersten et al. 2024; Scheler 1978; Fleury 2023).

Bereits zu Beginn des vergangenen Jahrhunderts hat sich Max Scheler in seiner Monografie „Das Ressentiment im Aufbau der Moralen“ (1978 [1912]) mit der „Phänomenologie und Soziologie des Ressentiments“ beschäftigt. Scheler hat eine Art Ressentiment-Eskalationsspirale entworfen, die die Stufen Projektionsausweitung, Realitätsverschiebung,

Werttäuschung, Opferambivalenz und Ansteckungsgefahr des Ressentiments umfassen. So können Ressentiments nicht nur als individuelles Leiden betrachtet werden, denn diese starken negativen Gefühle verändern, ähnlich wie im Falle der Einsamkeit, nicht nur die Wahrnehmung (*Realitätsverschiebung*), sondern breiten sich auch auf andere Lebensfelder aus (*Projektionsausweitung*). Die Schuld an der persönlichen Kränkung wird dann nicht mehr allein bei dem oder der Verursacher*in gesucht, sondern gleich die ganze Gesellschaft verantwortlich gemacht.

Von Ressentiments geleitete Menschen betrachten die Welt allein aus dem Blickwinkel ihrer emotionalen Kränkung und leben in ihrer eigenen Rationalität (*Werttäuschung*). Die Frage der Schuld liegt stets bei den Anderen, daher wird eine Kompensation für das erlittene Leid erwartet. Bleibt dieser Ausgleich aber aus, steigert sich die Selbstviktimsierung entweder weiter oder entlädt sich an Unbeteiligten, die so selbst zu Opfern werden (*Opferambivalenz*). Und letztlich entfaltet das Ressentiment eine hohe *Ansteckungsgefahr*. Scheler spricht vom Ressentiment als einem „ungemein kontagiöse[n] Gift“, das in einen sozial und politisch ansteckenden Teufelskreislauf der „seelischen Selbstvergiftung“ einer ganzen Gesellschaft übergeht (Scheler 1978, S. 4–7, ausführlich dazu Kersten et al. 2024).

Gegen individuelle Kränkungserfahrungen im persönlichen Umfeld lässt sich wohl nur wenig ausrichten. Doch lassen sich aktuell auch Anzeichen kollektiver Ressentiments beobachten? Wie wir weiter oben gesehen haben, erleben Bewohner*innen weniger prosperierender Regionen das Zurückfallen ihrer Heimat im Vergleich zu anderen Gebieten durchaus als persönliche Kränkung. Die geringe Zufriedenheit mit dem Wohnumfeld schlägt dann auf eine Demokratieunzufriedenheit durch. Eine Art kollektive Verbitterung mit demokratischschädlichen Effekten greift um sich. Ganz im Sinne der Scheler'schen „Projektionsausweitung“ werden nicht mehr einzelne Missstände für die eigene, vermeintlich ungerechte Situation verantwortlich gemacht, sondern gleich das System als solches abgelehnt. Die sozialen Medien stellen dabei eine ungeahnte Beschleunigungs- und Verbreitungsmaschinerie für Ressentiments bereit. Groll, Hass und Lügen können ungefiltert in alle Welt verbreitet und zu neuen Realitäten zusammgebaut werden, die alle nur erdenklichen Opferdiskurse

bedienen und zu einem in sich geschlossenen Weltbild zusammenführen. Die einmal so perfekt aufbereiteten „Fake News“ können dann von interessierten Kreisen wieder direkt in den öffentlichen Diskurs eingespielt werden, um demokratische Gesellschaften auszuhöhlen und zu spalten. „Polarisierungsunternehmer“ nennen Thomas Lux, Steffen Mau und Linus Westheuser (2023, S. 375) diesen Typus von Akteur*innen, die aus der Verbreitung von Ressentiments Kapital schlagen, „deren Profilierung primär über die Erzeugung und Kapitalisierung polarisierter Auseinandersetzung erfolgt“ (ebd., S. 376). Sie warten „im Stil politischer Wegelagerer“ darauf, „Resentiment und Unzufriedenheit aufgreifen zu können, ‚unbeheimatete‘ Wähler einzusammeln und emotional aufgeladene Themen in das eigene Portfolio zu

integrieren“ (ebd.). Traditionsmedien und klassische Parteienpolitik, die um Information und Sacharbeit bemüht sind, versuchen zu oft, dieser Flut von Hass, Verschwörung und Falschinformationen hinterherzukommen, das kann aber kaum gelingen, denn die „Polarisierungsunternehmer“ zielen ja bereits auf die nächsten „Volksfeinde“ ab. Mit ihrem festen Kanon an Themen und Stereotypen – insbesondere im Feld der Migration – müssen sie dabei nicht einmal stark variieren, um die ressentimentgeladenen Antagonismen – hier die Schuldigen, da die Opfer – zu bedienen (Kersten et al. 2024). Mehr Sinn würde es wohl machen, statt den ewigen Hasstiraden hinterherzulaufen die „Polarisierungsunternehmer“ bei ihren Lügen und Verschwörungen zu stellen. Wie es zuletzt CORRECTIV erfolgreich vorgemacht hat.

Gesellschaft aushalten

„Wir sollten mit frischem Elan das tun, was wir schon immer tun mussten: schlechte Rede mit besserer kontern, falschen Narrativen bessere entgegensetzen, auf Hass mit Liebe antworten und nicht die Hoffnung aufgeben, dass die Wahrheit sich selbst in einer Zeit der Lügen durchsetzen kann.“

Salman Rushdie, Rede anlässlich der Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels 2023

Die Proteste gegen rechtsradikale Strömungen in Deutschland im Januar 2024 sind ein deutliches Zeichen, dass viele Menschen nicht bereit sind, den Rechtspopulist*innen und Rechtsextremist*innen das Feld zu überlassen. Aktuelle Studien belegen jedoch auch, dass antidemokratische und menschenfeindliche Einstellungen längst weit in die Mitte der Gesellschaft eingesickert sind (Zick et al. 2023; Decker et al. 2022); vielmehr noch, dass die extreme Rechte in den vergangenen Jahrzehnten vor allem dort Raumgewinne erzielen konnte, wo die zivilgesellschaftliche und politische Öffentlichkeit nur schwach ausgeprägt und zum Teil hilflos in ihren Gegenreaktionen war. Mit Sorge muss daher auch auf die Landtags- und Europawahlen in diesem Jahr geblickt werden, denn die rechtspopulistischen bis rechtsextremen Parteien schicken sich an, in vielen Ländern Europas stärkste beziehungsweise zweitstärkste Kraft zu werden.

Im Folgenden werden die Ergebnisse der Expert*inneninterviews in Ergänzung zu den vorausgegangenen Überlegungen zusammengefasst und erfolgsversprechende Strategien gegen rechte Akteur*innen dargelegt.

Gleichwertige Lebensverhältnisse schaffen

Obwohl Deutschland gut durch die vergangenen Krisenjahre gekommen ist und auch viele ostdeutsche Regionen im Vergleich zum Westen aufholen konnten, bleibt die „Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse“ nach wie vor eine zentrale Herausforderung

für unsere Gesellschaft. Bürger*innen, die in weniger prosperierenden Regionen leben, sind unzufriedener mit ihrem Lebensumfeld. Dies gilt für Ost- wie Westdeutschland in gleichem Maße, wenngleich das Niveau der Unzufriedenheit im Osten deutlich höher liegt. Die realen ebenso wie die wahrgenommenen regionalen Lebensverhältnisse schlagen sich darüber hinaus in der Zufriedenheit und dem Vertrauen in demokratische Institutionen nieder. Wer sich abgehängt fühlt, hat zugleich auch weniger Vertrauen in die Demokratie (Deutschland Monitor 2024). Die Erreichung der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse muss daher auch aktuell und in Zukunft ein prioritäres Ziel der Politik bleiben. Die Auswirkungen des sozioökonomischen Strukturwandels und des demografischen Wandels auf die Daseinsvorsorge sind in den vergangenen zwanzig Jahren in vielfältigen (Modell-)Projekten untersucht und erprobt worden. Doch eine konsistente Linie im Umgang mit divergierenden regionalen Entwicklungen (Schrumpfung und Wachstum zugleich) hat sich dennoch nicht herausgebildet. Es entsteht zuweilen der Eindruck, dass die politischen Lösungsvorschläge kaum über traditionelle und für sich genommen wertvolle Ansätze, wie den „Bürgerbus“, das „Mitfahrbänkle“ oder das „Bürgerbad“, hinausreichen. Eine Neubestimmung beziehungsweise Neuorganisation der Daseinsvorsorge – auch in Anbetracht neuer Krisen und Bedrohungen – blieb bisher aus. Dass diese Versäumnisse auch politische Wirkung zeigen, ist in Teilen von Politik und Gesellschaft noch nicht angekommen.

Die Macht der Gefühle – Angstnarrative ersetzen

Negative Gefühle der Enttäuschung und des Misstrauens, der Verunsicherung, des „Abgehängtseins“, der Einsamkeit und des Ressentiments haben Hochkonjunktur. Entgegen der Misstrauens-, Spaltungs- und Polarisierungsrhetorik sehen etwa Steffen Mau, Thomas Lux und Linus Westhäuser (2023) ebenso wie die Autor*innen des „Zusammenhaltsberichts“ (Teichler et al. 2023) keine Anhaltspunkte für eine grundlegende gesellschaftliche Spaltung beziehungs-

weise Lagerbildung. Das Bewusstsein für die großen gesellschaftlichen Herausforderungen wie Klimawandel, Energie- und Mobilitätswende oder Demokratiegefährdung teilen weite Teile der Bevölkerung, auch wenn es augenblicklich keine Einigkeit darüber gibt, wie der „Multikrise“ zu begegnen ist. Gleichwohl könnten Narrative an dem Gemeinsamen – der gesamtgesellschaftlichen Bewältigung von Klimawandel oder Demokratiefeindlichkeit – und nicht dem Trennenden ansetzen. Auch die interviewten Expert*innen wiesen immer wieder darauf hin, wie wichtig die Kommunikation von Gemeinsamkeiten – im Alltag wie in der großen Politik – sei. Politik orientiere sich jedoch immer weniger an gesamtgesellschaftlichen Interessen oder an deren Ausgleich, vielmehr werde Klientelpolitik betrieben, die die Abgrenzung zu anderen Bevölkerungsgruppen verstärke.

Es ist keineswegs einfach, negative oder bedrohliche Narrative zu „überschreiben“, denn unser Gehirn ist evolutionär auf die Wahrnehmung schlechter Nachrichten programmiert. Das sollte uns jedoch nicht davon abhalten, „gute“ Geschichten zu erzählen, die davon handeln, *wofür* wir uns einsetzen wollen und nicht *wogegen* (Urner 2021). Dabei geht es nicht darum, dass „richtige“ Narrativ zu finden, sondern solche Erzählungen zu generieren, die für die Menschen von Relevanz und damit anschluss- und zukunfts-

fähig sind (Brandt et al. 2020, S. 233). Kommunikative Methoden, wie sie in den ausgewählten Beispielen „demoSlam“ und „Sag was!“ oder bei den „Bridging Rethorics“ (Lloyd 2020) angewandt werden, betonen Gemeinsamkeiten, versuchen nicht zu überzeugen, sondern Menschen zusammenzuführen, die nicht einer Meinung sind. Grundsätzlich sind nach Lloyd zwei rhetorische Vorgehensweisen zu unterscheiden: die „Bonding Rhetoric“ (Bindende Rhetorik) dient dazu, eine Gruppe von Gleichgesinnten für eine gemeinsame Sache zusammenzubringen. Die Methode der „Bridging Rethorics“ (der überbrückenden Rhetorik) wird hingegen eingesetzt, um diejenigen anzusprechen, die nicht der eigenen Gruppe angehören und die nicht die eigenen Perspektiven oder Motive teilen. Es geht hier um eine Methode der Argumentation, die sich auf gemeinschaftliches Handeln und den Nutzen für die Gemeinschaft konzentriert. Die Sprecher verwenden Analogien, um sowohl den Standpunkt des Sprechers als auch den des „Anderen“ zu bekräftigen und gleichzeitig ihre Argumente auf das gemeinsame Erarbeiten von Lösungen auszurichten, die dann beiden Seiten beziehungsweise der Gemeinschaft zugutekommen. Die „Bridging-Rethoric-Methode“ wird bisher vor allem dort angewendet, wo starke ethnische, religiöse, philosophische und politische Differenzen überbrückt werden müssen, wie etwa in Indien (Lloyd 2020).

Verstehen, ohne einverstanden sein zu müssen – „demoSlam“: ein Format für Verständigung

Während der Corona-Pandemie haben viele Menschen erfahren müssen, dass selbst innerhalb der Familie und dem Freundeskreis sehr unterschiedliche Einstellungen zu den Corona-Maßnahmen vorherrschten. Teilweise auch noch lange nach der Pandemie standen sich die Parteien mit wechselseitigem Unverständnis gegenüber. Streitgespräche verliefen ohne inhaltliche Annäherung, eher verhärteten sich die Positionen. Gespräche wurden erschöpft und ohne Aussicht auf Wiederaufnahme abgebrochen. Frust und Resignation blieben auf beiden Seiten. Doch wie wieder zusammenkommen? Wie den Gesprächsfaden wieder aufnehmen?

(Streit-)Gespräche mit Andersdenkenden bringen uns oft an unsere argumentativen Grenzen. Hier setzt das Diskussionsformat demoSlam an, das von Evgeniya Sayko von „Magnet Werkstatt für Verständigung“ entwickelt worden ist. Im Rahmen des MITEINANDER REDEN Programms der Bundeszentrale für politische Bildung wurde demoSlam weiter erprobt („Sachsen im Dialog“, 2021–2023) und ist mittlerweile in unterschiedlichen Kontexten im Einsatz. Die Ausgangsfrage ist: Wie überwinden wir die gegenseitige Verständnislosigkeit? Wie handeln wir Positionen und Konflikte aus – jenseits von Filterblasen und Empörungswellen? DemoSlam bringt Menschen mit



unterschiedlichen Meinungen auf unterhaltsame Weise zusammen, um sich über alltagsrelevante Themen zu verständigen. DemoSlam versteht sich ausdrücklich nicht als klassisches Debattenformat, in dem das Ziel in der argumentativen Überzeugung des Gegners liegt, sondern als Austauschformat. Hier ist der und die Diskutant*in nicht Gegner*in, sondern Gegenüber. Das Ziel liegt darin, die eigene Meinung so vorzubringen, dass die andere Diskussionspartei neugierig auf die „abweichende“ Meinung wird: „Verstehen, ohne einverstanden sein zu müssen!“ wie es auf der Homepage heißt. So spannt demoSlam nicht nur einen Rahmen für den Austausch über konfliktbehaftete Themen auf, sondern vermittelt rhetorisches Handwerkszeug für diese durchaus herausfordernde Art der Kommunikation.

Wie funktioniert das konkret? Die sogenannten Slammer*innen, also die Diskutant*innen, lernen sich in mehrstündigen bis mehrtägigen Workshops kennen, wählen Themen aus, die den Teilnehmer*innen kontrovers erscheinen (beispielsweise Themen wie „Feminismus und Katholizismus“, „Extinction Rebellion versus AfD“). Dann bilden sich Zweierpaare, die ihr Thema

diskutieren und eine Präsentation vorbereiten. Entscheidend ist, dass es hier keinen „Maulkorb“ gibt, alles darf gesagt werden, das Ziel ist sogar, vorerst bei der eigenen Position zu bleiben und diese zu schärfen. Da dies nicht so einfach ist, wird diese Phase intensiv von demoSlam-Trainer*innen begleitet. Dann halten die Paare zehnmündige Präsentationen, die jedoch nicht allein frontal vor dem Publikum stattfinden, sondern möglichst kreativ gestaltet sein sollen – mit Fotos oder Requisiten. Wie gesagt, es geht nicht ums Überzeugen, sondern darum, ins Gespräch zu kommen und die Meinung des oder der Anderen auszuhalten – und das möglichst unverkrampft. Einen wichtigen Abschlusspunkt setzt der gemeinsame Austausch mit dem Publikum, denn dann können die beiden dargelegten Positionen mit weiteren Ansichten der Zuhörer*innen ergänzt werden, so dass ein bunter Strauß an unterschiedlichen gesellschaftlichen Positionen präsentiert wird.

Das alles macht Mühe, und es kostet Zeit und Kraft, sich in diesen Austausch zu begeben. Sicher ist es einfacher, einen Post in der eigenen „Filterblase“ oder „Bubble“ abzusetzen. Warum

lohnt es sich dennoch, diese Anstrengung auf sich zu nehmen? Die Gründerin Sayko sagt in einem Interview mit openTransfer, dass die Gesellschaften lange am Konsens als Ideal ausgerichtet waren, die Spaltungen jetzt jedoch sichtbarer werden. Alle Bürger*innen ständen vor der Aufgabe, Dissens zuzulassen, das Mosaik an Ansichten anzuerkennen und Unterschiede zu integrieren. Vor allem ginge es darum, im

Gespräch zu bleiben. Dies scheint auch jenseits der konkreten Veranstaltungen gelungen zu sein, denn einige der Slamer*innen kündigten an, zukünftig selbst als Trainer*innen für demoSlam aktiv werden zu wollen.

www.demoslam.org

www.opentransfer.de/demoslam-verstehen-ohne-einverstanden-zu-sein



Über rechte Akteur*innen informieren

Eine unsichere wirtschaftliche Lage schürt Abstiegsängste und erhöht die Gefahr, antidemokratischen Haltungen zuzuneigen. Doch es gilt auch umgekehrt: wachsen rechtspopulistische und rechtsextreme Haltungen in der Bevölkerung, kommt auch die Wirtschaft ins Trudeln. In den vergangenen Wochen warnten Vertreter*innen aus der deutschen Wirtschaft, Industrie, Wissenschaft und Dienstleistungsberufen vor erstarkendem Rechtsextremismus. Sie fürchten, dass die dringend benötigten Arbeits- und Fachkräfte durch den erstarkenden Rechtsextremismus abgeschreckt

werden und sich die wirtschaftliche Lage in Deutschland verschlechtert. EDEKA zeigte ein Video einer Filiale mit fast leeren Regalen, stehen blieben nur noch ausnahmslos in Deutschland produzierte Produkte. Marcel Fratzscher, Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, plädierte in der Wochenzeitschrift DIE ZEIT dafür, inhaltliche Argumente gegen Wahlversprechen und Politik der AfD ins Feld zu führen. Denn deren Wähler*innen würden zu den größten finanziellen Verlierer*innen gehören. Steuerentlastung für Reiche, Zentralisierung von Wirtschaft und Daseinsvorsorge, Verhinderung der ökologischen Transformation schadeten vor allem den weniger gut gestellten, in ländlichen Räumen lebenden Wähler*innen (Fratzscher 2024).

Die drei Forscher des Kiel Instituts für Weltwirtschaft Manuel Funke, Moritz Schularick und Christoph Trebesch (2024) können in einer Längsschnittanalyse nachweisen, dass Länder mit populistischem Regime im Durchschnitt einen erheblichen Rückgang des realen Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukts verzeichnen. Sie sehen insbesondere in der Erosion demokratischer Normen eine entscheidende Größe für die deaströsen wirtschaftlichen Folgen des Populismus. So stärkten stabile demokratische Institutionen nicht nur wirtschaftliche Prosperität, sondern umgekehrt würden soziale Spaltung und Unsicherheit Investoren abschrecken und zu Kapitalflucht und Brain-Drain führen. Wie eine Interviewpartnerin sagte: „Ziel muss es daher sein, die der AfD zugeschriebene Kompetenz – in nahezu allen Lebensbereichen – auf den Prüfstand zu stellen und verstärkt nach ihrem konstruktiven Beitrag zur Lösung der gesellschaftlichen Herausforderungen zu fragen“. „Wir müssen mehr dafür werben, warum Demokratie eine gute Idee ist. Aber natürlich müssen wir auch die Menschen mehr mit in die Verantwortung nehmen, dass Demokratie nichts ist, wofür allein die Politik verantwortlich ist. Sondern auch jede*r selbst“, wie ein weiterer Interviewpartner betonte. In Ungarn und zuvor auch in Polen ließ sich gut beobachten, wie die populistischen Kräfte sukzessive die Unabhängigkeit der Justiz oder Medien einschränkten und die Zivilgesellschaft diskreditieren. Das Beispiel Polen belegt aber auch, dass sich die populistischen und extremen Kräfte zurückdrängen lassen.

Konflikte bearbeiten – Krisen- und Konfliktmanagement etablieren

Seit etlichen Jahren nehmen Hass- und Gewalttaten gegen Kommunalpolitiker*innen bundesweit zu. Allein in Niedersachsen hat sich die Zahl politisch motivierter Straftaten gegen kommunale Amts- und Mandatsträger*innen von 2019 bis 2022 mehr als verdoppelt (Kommunal Akademie 2024).

In den Interviews mit Vertreter*innen von Kirchen und großen zivilgesellschaftlichen Verbänden in der

Ehrenamtsarbeit wurde davon berichtet, dass die eigenen Reihen der Hauptamtlichen bisher kaum bis gar nicht von rechten Akteur*innen unterwandert seien. In der Gremienarbeit mit den Engagierten melden sich jedoch in einigen Verbänden und Kirchenkreisen mittlerweile ganz selbstbewusst Sympathisant*innen rechtspopulistischer und rechtsextremer Haltungen zu Wort, die aktiv versuchten, die Tagesordnung entsprechend ihrer Wünsche zu verändern oder polarisierende Themen zu setzen. Über eigene „Notfallpläne“, wie adäquat auf rechtsextreme Angriffe (zum Beispiel bei einem *shistorm*) zu reagieren ist, verfügen zumindest die interviewten Institutionen nicht. Wenn überhaupt, dann wird eher situativ reagiert. Auch Wolfgang Schröder und Kolleg*innen (2022, S.295) kommen in ihrer Studie „Einfallstor für rechts? Zivilgesellschaft und Rechtspopulismus in Deutschland“ zu dem Urteil: „Insgesamt erscheint die organisierte Zivilgesellschaft nur bedingt in der Lage, eigenständig, proaktiv, handlungswillig und -fähig zu sein. Die häufig fehlende Dokumentation rechter Vorfälle, der Mangel an Personal und finanziellen Ressourcen sowie die niedrige innerorganisatorische Priorität des Themas sprechen eine klare Sprache.“ Häufig wurde in den Expert*inneninterviews zudem von großer Überforderung und Ratlosigkeit in den Kommunen durch die Herausforderung von rechts berichtet; manchmal fehlt es einfach auch an Widerstandskraft oder Interesse, die antidemokratischen Akteur*innen im öffentlichen Raum zurückzudrängen. Oder schlimmer noch, dass „Demokratie“ von einigen in der Öffentlichkeit schon als Schimpfwort diskreditiert werde. Die Alltagspolitik steht allzu oft im Vordergrund, Fragen nach gelingender Demokratie und offener Zivilgesellschaft oder nachhaltiger Zukunft kosten Zeit und Kraft, die nur selten in der kommunalen Verwaltung vorhanden sind.

Kommunale Akademien, die Bundeszentrale für politische Bildung oder jüngst die Konflikt-Akademie in Bielefeld erarbeiten konkrete Handreichungen oder Seminarformate, um Kommunalpolitiker*innen Austausch zu ihren Erfahrungen zu ermöglichen, den Umgang mit Hass und Gewalt einzuüben und konkrete Krisen-Interventionen vorzubereiten (vgl. Interview Beate Küpper).

Gut vorbereitet – Kommunales Konfliktmanagement

Prof. Dr. Beate Küpper ist Professorin für Soziale Arbeit in Gruppen und Konfliktsituationen an der Hochschule Niederrhein und kooptiertes Mitglied der neu gegründeten Konfliktakademie (ConflictA) an der Universität Bielefeld. Sie gehört zu den renommiertesten Rechtspopulismus- und Rechtsextremismusforscher*innen in Deutschland. Sie arbeitet zu rechtsextremen Einstellungen und demokratiegefährdender Radikalisierung in der gesellschaftlichen Mitte, zu Vorurteilen und Diskriminierung, Diversity und Integration. Seit 2014 ist Beate Küpper Autorin der FES-Mitte-Studie, zuletzt „Die distanzierte Mitte“ (Zick et al. 2023).

Claudia Neu: *Das gesellschaftliche Klima ist rauer geworden? Woran machen Sie das fest, Frau Küpper?*

Beate Küpper: Aus unseren eigenen Studien müssen wir feststellen: Immer mehr Menschen distanzieren sich von der Demokratie und billigen politische Gewalt. Gerade diejenigen, die viele gesellschaftliche Konflikte wahrnehmen, tun das. Verschiedene gesellschaftliche Lager finden zudem vermehrt zu gemeinsamen Protesten zusammen. „Besorgte Bürger*innen“ schließen sich mit „Querdenker*innen“, Friedensbewegten, Esoteriker*innen und Russlandversteh*innen milieuübergreifend zu einer Art neuer Empörungsbewegung zusammen. Handwerker*innen demonstrieren gemeinsam mit Landwirt*innen. Enttäuschung von Politik und mangelndes politisches Vertrauen schafft hier den gemeinsamen Nährboden.

Aber auch die Krisenzeiten spielen eine wichtige Rolle, denn sie erfordern Veränderungen von uns allen, und das ist nicht einfach, manchmal will man auch einfach Gewohntes nicht aufgeben. Die Herausforderungen etwa des Klimawandels, der Globalisierung und Digitalisierung sind komplex, dann kam noch die Corona-Pandemie dazu, jetzt der Krieg Russlands gegen die Ukraine und der neu entfachte Nahost-Konflikt. Da haben Rechtspopulist*innen und Rechtsextreme leichtes Spiel. Sie senden die schlichte und auch



bequeme Botschaft: „Die korrupten Eliten betrügen das Volk“, nutzen ihre Chance, sich an die Spitze der Bewegung zu setzen, sich als „welche von uns“ zu inszenieren, und versuchen so, neue Anhänger*innen bei den Kundgebungen und Demonstrationen zu gewinnen. Sie nutzen Krisen und Konflikte für ihre ganz eigene Agenda. Rechtspopulist*innen hierzulande und weltweit entwerfen Bedrohungsszenarien, verbreiten Verschwörungsmymen und heizen Konflikte an – online wie offline –, die in Wut und Hass münden sollen. Dagegen konstruktiv vorzugehen ist schwierig. Ein Teil derjenigen, die

erst einmal aus ganz unterschiedlichen, überhaupt nicht rechtsextremen Gründen bei den Demonstrationen gegen die Corona-Maßnahmen mitgemacht haben, haben sich auf diese Weise radikalisiert.

CN: *Dieses Radikalisierungspotential hat wohl auch den Verfassungsschutz im Jahr 2023 dazu veranlasst, den Phänomenbereich „Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates“ einzurichten?*

BK: Von dieser Gemengelage, die politisch nicht immer klar zu verorten ist, geht eine gehörige Portion Gewaltbereitschaft und kriminelle Energie aus. Und dann doch oft auch eine Verknüpfung mit rechtsextremer, völkischer Ideologie, auch wenn das den Beteiligten selbst gar nicht immer so klar sein muss. Ihre Angriffe eskalieren bisweilen sogar gegen Krankenwagenfahrer*innen, Polizist*innen oder Bürgermeister*innen. Auch Wissenschaftler*innen sehen sich Hass Tiraden und Drohungen ausgesetzt, also alle, die der eigenen rechtspopulistischen bis hin zu rechtsextremen Weltdeutung widersprechen und sich für die liberale Demokratie engagieren. Oder auch nur zu Corona forschen.

CN: *Für öffentlich Bedienstete und auch ehrenamtliche Politiker*innen ist das eine große Belastung.*

BK: Niemand wird gern bedroht, auch Kommunalpolitiker*innen nicht, egal ob sie das Amt hauptberuflich oder ehrenamtlich machen, was gerade in kleineren Kommunen im ländlichen Raum häufig der Fall ist. Das Gleiche gilt für zivilgesellschaftliche Akteur*innen, die sich für die Demokratie einsetzen. Wer bedroht wird, fühlt sich nach Attacken nicht selten sehr allein, auch, weil andere abrücken, aus Angst, selbst ins Schussfeld zu geraten. Für etliche ist Bedrohung aber auch das Signal, sich nicht von den Demokratiefeinden unterkriegen zu lassen, ganz nach dem Motto „jetzt erst recht“.

Leider entsteht erst seit kurzer Zeit ein größeres Bewusstsein für diese Art der Bedrohung, die ja auch die Zivilgesellschaft betrifft. Bisher ist von der bürgerlichen Gesellschaft und der Verwal-

tung oft übersehen, manchmal auch bagatellisiert worden, dass hier „besorgte“ Bürger*innen zu Demokratiefeind*innen werden. Lokale Konflikte, gerade im ländlichen Raum, werden ja nicht so gerne offen angesprochen.

CN: *Wie können sich Kommunalpolitiker*innen dagegen schützen? Was können Kommunen hier tun?*

BK: Es braucht dringend ein Krisenkonzept für Bedrohungen, damit das nicht am Einzelnen hängen bleibt, sondern es aus der Verwaltung, aus Institutionen heraus Schutz, Schulterchluss und Rückendeckung gibt. Es wird auch von den Kommunen abhängen, wie stabil und demokratisch gefestigt unsere Gesellschaft in Zukunft sein wird, also wie Kommunen mit Konflikten und Krisen umgehen; und dazu gehört auch die direkte Bedrohung von Menschen, die sich als Mandatsträger*innen oder zivilgesellschaftlich für Demokratie engagieren oder anderweitig, zum Beispiel die in der Verwaltung den Laden am Laufen halten. Denn die zentralen gesellschaftlichen Herausforderungen unserer Zeit – wie Demokratiegefährdung, Transformation oder Integration – müssen vor Ort angegangen werden. Viele Kommunen sind hier noch nicht gut aufgestellt. Lokale Probleme, wie etwa die Integration von Geflüchteten, werden oft mit viel Engagement von einigen Haupt- und Ehrenamtlichen und der Verwaltung gestemmt, aber nicht immer auch zusammen koordiniert. Selten haben Kommunen so etwas wie Krisenfrühwarnsysteme oder Pläne, was genau geschehen soll, wenn eine Krise eintritt, es zum Beispiel Demonstrationen gegen eine neue Flüchtlingsunterkunft gibt, die auch von Rechtsextremen genutzt, angeheizt oder gar initiiert werden. Was ist zu tun oder auch nicht zu tun, wenn ein Shitstorm den Bürgermeister überflutet? Auch wenn die Krisen und Problemlagen vor Ort immer ganz eigene Rahmenbedingungen und Geschichten haben, gibt es dennoch vielerorts ganz ähnliche Fragestellungen, Muster und Konfliktdynamiken. Daher versuchen wir in dem von mir geleiteten und von der Stiftung Mercator sowie dem Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen geförderten Projekt „Kommunales Konfliktma-

nagement (KoKo II) – Kommunen für Integration stärken“, in den Kommunen Mitarbeiter*innen auf Krisensituationen besser vorzubereiten, Konflikte zu erkennen und einzuschätzen, und zwar möglichst frühzeitig, bevor sie eskalieren. Ziel ist es, Kommunen in der Vernetzung mit kommunalen Schlüsselakteur*innen krisenfester zu machen, Konflikte besser moderieren zu können und letztlich ein funktionierendes kommunales Konfliktmanagementsystem aufzubauen.

In Ergänzung zum Projekt KoKo II bieten wir an der Hochschule Niederrhein ab Juni 2024 einen Zertifikatskurs „Systemisches Kommunales Konfliktmanagement für interne Kommunale Konfliktmanager*innen“ an. Für Interessierte bieten wir dazu im April auch eine kurze Online-Informationsveranstaltung an. Mit diesem Kurs möchten wir die Fachkräfte aus der Verwaltung dabei unterstützen, ihre Arbeit weiter zu professionalisieren, indem sie Grundlagen und Techniken der Konfliktanalyse, der Gesprächsführung und des Konfliktmanagements erlernen. Sie werden darin geschult, in ihrer Kommune ein eigenes Konfliktmanagementsystem aufzubauen, das zu den jeweiligen Bedingungen vor Ort passt.

CN: *Konfliktforschung ist ja ein weites Feld. Aber zur Aushandlung lokaler Konflikte beziehungsweise Konfliktbearbeitung ist bisher noch nicht so viel geforscht worden?*

BK: Es gibt etliche Erkenntnisse aus dem internationalen Raum, etwa aus Bürgerkriegsregionen. Und es gibt Erfahrungen aus der Praxis der Konfliktberatung hierzulande. An der Universität Bielefeld haben wir am Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG) eine Konfliktakademie, kurz ConflictA, unter Leitung von Prof. Dr. Andreas Zick ins Leben gerufen. Die ConflictA soll der Ort sein, wo die vielfältigen wissenschaftlichen Erkenntnisse der

Konfliktforschung und solche aus der Praxis zusammengetragen werden, um gesellschaftliche Konflikte und solche im lokalen Raum besser zu verstehen und Ansätze ihrer Bearbeitung weiterzuentwickeln.

CN: *Warum braucht es eine Konfliktakademie und was passiert da aktuell?*

BK: Wir stehen ja noch am Anfang mit der ConflictA, wir sind erst einmal mit einigen Pilotprojekten gestartet. Wir untersuchen zum Beispiel, wie sich Konflikte zwischen Gruppen in einem Stadtteil darstellen. Hier sind die unterschiedlichen Sichtweisen der dort Lebenden hochinteressant – was die einen als großen Konflikt sehen, nehmen andere manchmal gar nicht wahr. Oder wir testen, wie wir wissenschaftliche Erkenntnisse in Gedenkstättenarbeit übertragen können. Es werden auch Methoden wie *Walk & Talk*, also themenspezifische Stadtspaziergänge im Quartier, ausprobiert, um zu sehen, wo Konflikte im öffentlichen Raum liegen und ob und wie sie unter den Bürger*innen verhandelt werden. Gleichzeitig begleitet die ConflictA gerade wissenschaftlich ein Dialogtraining, das Mo Asumang entwickelt hat – als schwarze Deutsche geht sie auf Rechtsextreme zu und spricht mit ihnen, die sind dann erst einmal sehr verduzt. Dann arbeiten wir an zukünftigen Bildungs- und Qualifizierungsangeboten zum besseren Verständnis und Umgang mit Konflikten. Und natürlich sprechen wir auch mit der Politik. Hier versuchen wir Formate zu entwickeln, die auch gesamtgesellschaftliche Konfliktdebatten ermöglichen.

www.koko2.de

www.hs-niederrhein.de/weiterbildung/management-und-recht/systemisches-kommunales-konfliktmanagement

www.uni-bielefeld.de/zwe/ikg/projekte/conflicta

Begegnung und Kommunikation

Für Politik und Gesellschaft wird es eine große Herausforderung sein, Antworten auf soziale Entfremdung, Verbitterung und Rassismus zu finden und die vermeintlich von der Demokratie Enttäuschten wieder einzubinden.

Wie kann es gelingen, nicht Spannungen und Spaltungen zu leugnen, sondern die Vielfältigkeit der Gesellschaft anzuerkennen? Wie können Menschen dazu bewegt werden, etwas gemeinsam zu tun, sich gemeinsam Ziele zu setzen? Hier bieten sich zwei Ansatzpunkte an: Menschen erleben Zusammenhalt vor allem im Nahraum. Zugleich erfahren sie Konflikte als Teil einer Lösungsstrategie auf einem gemeinsamen Weg (vgl. Kapitel „Gefährdeter Zusammenhalt“, S. 17). Für diese Art der offenen Aushandlungsprozesse braucht es aber physische Räume, in denen Menschen unterschiedlicher Lebensalter, Milieus oder Herkunft aushandeln können, wie sie gemeinsam leben wollen. Diese inklusiven kommunikativen Räume entstehen aber nicht von selbst, sie müssen durch lokale Akteur*innen, wie Vereinsmitglieder, Verwaltungsmitarbeiter*innen oder weitere Akteur*innen der Zivilgesellschaft, hergestellt und für Bürger*innen geöffnet werden. Um einen alltäglichen milieuübergreifenden Kontakt herzustellen sind Dritte Orte (Oldenburg 1989), wie Cafés, Kneipen oder Schwimmbäder, von entscheidender Bedeutung.

Geht es aber um eine gemeinsame Idee des Zusammenlebens und um das Aushandeln eines lokalen Konsenses, dann braucht es erweiterte Formate wie „Soziale Orte“ (Kersten et al. 2022) oder (Zukunfts-) Werkstätten, die Bürger*innen in gemeinsames (Ver-) Handeln bringen. Soziale Orte entstehen dabei häufig aus einem lokal empfundenen Mangel an Infrastruktur oder Begegnungsmöglichkeiten. Verschiedene Akteurskonstellationen aus Zivilgesellschaft, Verwaltung und/oder Unternehmen schließen sich zusammen und errichten einen Sozialen Ort. Was genau dieser Soziale Ort ist, hängt von den jeweiligen

Bedarfen der lokalen Bevölkerung ab. Das kann eine Gastwirtschaft in genossenschaftlicher Trägerschaft sein, eine Dorfplatzsanierung oder Urban Gardening. Entscheidend ist nicht, dass alle Bürger*innen des Quartiers, der Nachbarschaft oder des Dorfes beteiligt sind, sondern dass die Angebote und Mitwirkungsmöglichkeiten inklusiv sind. Denn es werden nicht nur die Macher*innen gebraucht, sondern auch die Kuchenbäcker*innen und Bänkeschlepper*innen. So ergeben sich auch für die einsamen und von Resentiments getriebenen Menschen Möglichkeiten, auf Halbdistanz wieder ein Stück an die Gemeinschaft heranzurücken. Das Vorhandensein von demokratischen Gelegenheitsstrukturen trägt somit entscheidend zum Gefühl des gesellschaftlichen Zusammenhalts bei und erlaubt es der lokalen Gemeinschaft, sich als aktive Gemeinschaft wahrzunehmen.

Lokale (Zukunfts-)Werkstätten ermöglichen es, noch einen Schritt weiterzugehen: Unter professioneller Anleitung können Bürger*innen, wenn möglich, milieu- und generationenübergreifend ihre Vorstellungen und Erfahrungen von Mitwirkung und Zusammenhalt in ihrer konkreten Kommune oder Gemeinschaft darlegen. So wird das implizite Wissen der Teilnehmer*innen zur Grundlage gemeinsam zu erarbeitender Zukunftspläne. Erfahrungen mit Spaltung, Abwertung und Ausgrenzung dürfen und sollen besprochen werden, um nicht in normativen Konzepten von Partizipation oder Zusammenhalt hängen zu bleiben. So kann die Diskussion über (fehlende) inklusive Räume in der Kommune dazu führen, dass sich die Beteiligten die Frage stellen, wie diese Räume gestaltet sein sollten, was die Hürden bei der Umsetzung sein könnten und wie diese zu überwinden wären. Demokratie und Zusammenhalt werden von den Bürger*innen nicht als konfliktfrei, sondern als komplex und (mit)gestaltbar erlebt (Brandt et al. 2020, S. 235ff.).

Der Entwurf inklusiver Begegnungsräume stellt damit das genaue Gegenteil von „rechten Räumen“ dar, „da es hier nicht um Gewinner*innen und Verlierer*innen des Zusammenlebens oder gar die ‚Rückeroberung‘ eines ethnisch-homogenen Raums geht“ (ebd., S. 237).

„Weimar“ oder spielend Demokratie lernen

Im vergangenen Herbst hat das interaktive und semikooperative Brettspiel „Weimar – Kampf um die Demokratie“ von Matthias Cramer auch über den Kreis der Spielfreudigen hinaus große Beachtung erfahren. Wie der Name schon verrät, versetzen sich die Spieler*innen in die Weimarer Zeit und müssen mittels Koalitionen verschiedener Parteien den Aufstieg der NSDAP verhindern. Die vier Mitspieler*innen übernehmen jeweils eine Partei: die SPD, das christliche Zentrum, die KPD oder die völkisch-monarchistische Deutschnationale Volkspartei. Die NSDAP selbst kann nicht gespielt werden.

Natürlich kennen die Spieler*innen den Ausgang der Geschichte, der Reiz des Strategiespiels liegt jedoch darin, alternative politische Wege auszuprobieren, um die NSDAP nicht an die Macht kommen zu lassen. Gelingt das nicht, haben alle Spieler verloren. Demokratieverteidigung als Spiel, bei dem komplexe Geschichte erlebbarer wird. Allerdings ist das Spiel nichts für Ungeduldige: eine sechzigseitige Anleitung muss gelesen werden, sechs Stunden Spielzeit sind einzuplanen und vier Mitspieler*innen werden gebraucht. Doch das schreckt erfahrene Spieler*innen nicht!

Fast könnte man in Anbetracht der großen Gemeinschaft der „Gamer“ meinen, dass digitale Spiele analoge Spiele wie Karten- oder Brettspiele verdrängt hätten, doch dem ist nicht so. Analoge Spiele wie „Siedler von Catan“ oder „Carcassonne“ erfreuen sich ungebrochener Beliebtheit, und jedes Jahr kommen neue Strategiespiele hinzu, wie zuletzt das kooperative und als Spiel des Jahres ausgezeichnete Gesellschaftsspiel „Dorfromantik“. „Analoge Spiele vermitteln soziale Kompetenzen, denn die Mitspieler*innen müssen sich einerseits im direkten Kontakt die Regeln gemeinsam erarbeiten, andererseits diese aber auch kreativ im Spiel auslegen. Hier ist viel Verhandlungsgeschick gefragt“, so Christian Beiersdorf, Referent des Verbandes Spiele-Autoren-Zunft e. V.. Entscheidend für den Spielspaß und demokratischen Lerneffekt ist jedoch die Erfahrung, dass das Spiel mitgestaltet werden kann, dass jede*r Spieler*in Handlungsmöglichkeiten hat, den Ausgang vielleicht noch zu verändern. Dabei muss gar nicht immer Demokratie auf der Spieleverpackung stehen, denn auch bekannte Spiele wie „Mensch ärgere Dich nicht“ lassen die Emotionen hochfliegen. „Da erleben Kinder dann auch einmal ihre Mutter in



Rage oder voller Schadenfreude. Solche Rollenwechsel sind wichtig, um hier auch für das ‚echte‘ Leben soziale Kompetenzen zu erwerben“, erläutert Christian Beiersdorf. Es geht beim Spielen, auch von Strategiespielen wie Weimar, weniger um die Vermittlung von harten Fakten oder Institutionenwissen als vielmehr um das Einüben einer politischen Kultur beziehungsweise politischen Handelns: Gegnerschaft, Komplizenschaft, (Selbst-)Kontrolle, Niederlage, Sieg, Fairness und Verhandeln. Für die Politikdidaktik sind dies die zentralen Kompetenzen, die mündige, emanzipierte und selbstreflexive Bürger*innen ausmachen (Ancuta/Preisinger 2021). Kooperative Spiele stellen die Spieler*innen dabei noch vor besondere Herausforderungen: Direkt in Kontakt oder

vielleicht auch Konflikt mit den Mitspieler*innen zu gehen, ihre Emotionen auszuhalten und auf sie reagieren zu müssen. Daher ist von zentraler Bedeutung, dass auch Kinder und Erwachsene nicht nur im (gutbürgerlichen) Familien- und Freundeskreis Zugang zu einer Vielzahl von Spielen haben, sondern zum Beispiel auch in Bibliotheken oder Mehrgenerationenhäusern Spielnachmittage angeboten werden. Denn so werden auch Kinder aus bildungsfernen Schichten sehr niedrigschwellig erreicht. Abschließend wünscht sich Christian Beiersdorf, „dass analoge Spiele in der Schule stärker zum Einüben demokratischen Handelns eingesetzt würden. Wir brauchen aber insgesamt mehr Soziale Orte, an denen Menschen zusammenkommen – auch zum gemeinsamen Spiel.“

Zivilgesellschaft stärken – Verbündete suchen

Deutschland ist ein engagiertes Land. Vereine und Freizeitorganisationen werden zudem als wichtigster Integrationsmotor für den gesellschaftlichen Zusammenhalt gesehen (Schwenk 2022). Doch bürgerschaftliches Engagement ist nicht automatisch auch demokratisches Engagement. Bloßes Miteinander oder Gemeinschaftserleben sind für eine gelebte Demokratie eben kein Garant, schlimmer noch, auch verschwörungsmythische, ausgrenzende und demokratiegefährdende Positionen lassen Menschen zusammenfinden (Neu/Küpper 2023). Ausbleiben der Protest, wenige und schwache zivilgesellschaftliche Akteur*innen und eine untätige Lokalpolitik – kurz: eine fehlende demokratische Gegenöffentlichkeit – erlauben den rechtsextremen Kräften eine Ausbreitung ihrer Normalisierungsstrategie und die Verschiebung des Sagbaren, denn Schweigen kann als Zustimmung gewertet werden (Mobile Beratung 2023). Besonders in ländlichen Räumen, die bereits durch eine starke Präsenz von Rechtsextremen und Neonazis geprägt sind, werden diese Haltungen salonfähig und deshalb bisweilen gar nicht mehr in Frage gestellt; eine offene kritische Auseinandersetzung mit einem entsprechend eingestellten Nachbarn kann da schon mal gefährlich werden. Zu oft werden

Engagierte, die sich öffentlich gegen rechtsextreme Aktivitäten stellen, (politisch) nicht ernstgenommen, angefeindet und bedroht. Gleichzeitig sind ländliche Räume, die rechte Haltungen tolerieren oder eine schwach ausgeprägte Zivilgesellschaft aufweisen, attraktiv für Menschen mit rechten Einstellungen (völkische Siedler*innen, Neonazi-Konzerte), die dort die Chance sehen, den ländlichen Raum zu ihrem „Aktionsraum“ zu machen (Deppisch et al. 2023).

Eine aktive, konfliktbereite Zivilgesellschaft, die sich gegen Raumgewinne rechter Akteur*innen wehrt, bildet ein probates Mittel, um rechtsextreme Einflüsse zurückzudrängen (Quent 2019; Freiheit et al. 2022). Als besonders erfolgreich gegen rechte Aktivitäten erweisen sich Zusammenschlüsse mehrerer Akteur*innen einer Stadt oder eines Dorfes, wie Schulen, Nachbarschaften oder Sportvereine. Besonders wirksam ist es, wenn lokale Multiplikator*innen wie Bürgermeister*innen oder Vereinsvorsitzende eingebunden werden (Mobile Beratung 2023). Die demokratische Zivilgesellschaft braucht vor allem den Schulterchluss bzw. die Vernetzung untereinander, darüber hinaus braucht sie eine unterstützende, notfalls schützende öffentliche Verwaltung und Lokalpolitik. Für Vereine, Freiwillige Feuerwehren oder Chöre kann es sinnvoll sein, sich bei Konflikten oder Diskriminierungsvorfällen externe Hilfe zu holen, um ein gutes und gleichberechtigtes Miteinander zu erhalten und zu gestalten.

Gegenproteste organisieren

Die landesweiten Demonstrationen nach der CORRECTIV Recherche im Januar 2024 waren das wichtigste Zeichen der Zivilgesellschaft gegen Rechtsextremismus – wohl seit der Gründung der AfD. Auf lokaler Ebene versuchen immer wieder Akteur*innen, rechte Konzerte, Kundgebungen oder Immobilienkäufe zu verhindern. Viele Sonneberger*innen wollten nach der Wahl des ersten AfD Landrats im Juni 2023 ein Zeichen setzen und luden die bekannte Punkband „Feine Sahne Fischfilet“ aus Mecklenburg-Vorpommern zu einem Club-Konzert ein. Jeweils 150 Zuschauer*innen kamen in vier hintereinander folgenden Minikonzerten in den Genuss eines kostenlosen Liveauftritts. Aber weitaus mehr Menschen verfolgten das Konzert auch vor der Tür. Die Band war gekommen, um allen, die nicht die AfD gewählt hatten, zu zeigen, dass sie nicht alleinstehen (MDR 7.7.2023). Auch Rudolstadt in Thüringen hat viel Erfahrungen mit Neonazis. Hier marschierten Anfang der 1990er Jahre 2.000 Neonazis anlässlich des fünften Todestages des Hitler Stellvertreters Rudolf Heß auf. Heute spielt das altehrwürdige Theater Rudolstadt eine wichtige Rolle in der öffentlichen Auseinandersetzung um die Demokratie. Intendant Steffen

Mensching macht Theater, das ein breites Publikum anspricht, Dialoge ermöglicht und selbstverständlich auch unterhalten will. „Eislers Satz, dass Überpolitisierung in der Kunst zu Barbarei in der Ästhetik führt, finde ich sehr schlagend. Wir machen Kunst, und unsere Haltung steckt da drin, die muss man nicht extra draufpappen. Anders ist es mit der Entscheidung, bewusst gegen Naziaufmärsche aufzutreten, da sind wir als Bürger am Theater“, sagt Mensching im Interview mit der Wochenzeitschrift DER FREITAG (29/2023).

Deutlich wird, dass die Zivilgesellschaft nicht ohnmächtig ist, wenn sie sich öffentlich und lautstark gegen Rechtsextremismus stellt. Oft ist es gelungen, das Anmieten von Sälen zu rechtsextremen Veranstaltungen zu verhindern oder Gegendemonstrationen gegen rechte Aufmärsche zu organisieren (Mobile Beratung 2023). Theater und Konzertsäle bieten die Möglichkeit, Gegenöffentlichkeit sichtbar zu machen und einen Raum für Diskurs zu schaffen.

Auf allen politischen Ebenen erscheint es dieser Tage besonders wichtig, den Schwung der öffentlichen Proteste gegen Rechtsextremismus aufzugreifen und einen Dialog in Richtung demokratischer Gesellschaft anzustoßen und so „die Mitte der Gesellschaft neu zu verorten“ (Mullis 2024, S. 6).

Mit den eigenen Methoden schlagen ... Die Aktion „Recht gegen rechts“

Einschüchtern, Drohen, Abmahnen und Verklagen – gängige Methoden der Rechtspopulist*innen und Rechtsextremen, um unliebsame Gegner*innen mundtot zu machen. Im vergangenen Jahr hat der Verein „Laut gegen Nazis e.V.“ gemeinsam unter anderem mit der Berliner Agentur Jung van Matt und einer Hamburger Anwaltskanzlei den Spieß umgedreht. Sie haben sich das Markenrecht für das Kürzel „VTRLND“ sichern lassen und können so nun mit einer Abmahnung gegen die Verwendung des Begriffs vorgehen. Bisher konnten diese Codewörter ohne Einschränkungen auf

Baby-Straplern, T-Shirts und Hoodies aufgedruckt werden und in großem Stil im Internet oder einschlägigen Neonazi-Shops vertrieben werden. Denn verboten sind bisher nur wenige eindeutige nationalsozialistische Botschaften und Codes. Nach der Abmahnung, die sich auf den Zeitpunkt ab Sicherung des Markenrechts bezieht, durch „Laut gegen Nazis“ und ihre Mitstreiter müssen die Hersteller ihr Merchandise vernichten. Zudem müssen die Läden angeben, wie viel Stück seitdem verkauft wurden und wieviel Geld damit gemacht wurde. Geschieht dies jedoch nicht, kann der Verein Schadensersatz

fordern. Angedacht ist, die Strafzahlungen dann für die Sicherung weiterer Wortmarken einzusetzen. So symbolträchtig und gelungen die Aktion „Recht gegen rechts“ auch ist, ganz leicht dürfte es aus verständlichen Gründen nicht sein, sich eindeutige Neonazi-Codes markenrechtlich sichern zu lassen. Das Markenamt möchte verhindern, dass beispielsweise Zahlencodes wie 18 für AH (= Adolf Hitler) oder „HKNKRZ“ geschützt werden. Sicher wird auch in Zukunft das Geschäft mit der Neonazi-Mode weiter kräftig florieren, doch die Aktion schafft Aufmerksamkeit, dass Mode eben nicht nur Mode ist und das Recht diesen Umtrieben etwas entgegenzusetzen hat. Ganz in diesem Sinne machte „Laut

gegen Nazis e.V.“ in Zusammenarbeit mit Jung von Matt nun den nächsten Schritt im Kampf gegen die Verbreitung rechtsextremer Codes. Gemeinsam mit den Mitinitiatoren Zalando und Spread Group und weiteren Partnern aus der Modebranche rufen sie die neue Initiative „Fashion against Fascism“ ins Leben. Ziel ist es, in einer Online-Datenbank Nazi-Codes zu sammeln, um so die Verbreitung rechtsextremer Botschaften in der Modeindustrie zu verhindern.

www.rechtgegenrechts.com

www.lautgegennazis.de

www.taz.de/Linker-Verein-gegen-Naziklamotten/!5965888



Perspektive der Betroffenen einnehmen

„Wenn man als Partei sagt, wir reden auch mit der AfD und arbeiten mit denen zusammen, fällt man den Betroffenen und einer pluralen Gesellschaft massiv in den Rücken. Das Signal, das davon ausgeht ist: wir machen mit einer (extrem) rechten Partei gemeinsame Sache, ihr könnt Euch nicht auf uns verlassen.“

*Expert*inneninterview*

In den Expert*inneninterviews wurde ein Punkt mehrfach aufgegriffen, der in der Literatur eher weniger thematisiert wird – überwiegt dort doch die Suche nach den Gründen, warum Menschen sich rechtspopulistischen und rechtsextremen Parteien und Organisationen zuwenden. Im Vergleich dazu wird nur selten die Perspektive der Aktiven gegen rechts und der von rechten Attacken und Angriffen Betroffenen eingenommen. Nicht selten werden Diffamierungen und Herabwürdigungen zivilgesellschaftlichen Engage-

ments bagatellisiert, Attacken in den sozialen Medien und andere Angriffe heruntergespielt. Viele Engagierte fühlen sich in diesen Fällen alleingelassen. Dies gilt vor allem an Orten „wo die Zivilgesellschaft schon gar nicht mehr anzutreffen ist“ und sich längst eine antidemokratische Gegenöffentlichkeit in Stellung gebracht hat. Eine Interviewpartnerin sagte dazu: „Unzweifelhaft ist die Mehrheit der Deutschen demokratisch, in der entscheidenden Auseinandersetzung mit rechten Akteur*innen, stellt sich aber oft die entscheidende Frage: Steht diese Gesellschaft auch hinter mir in meinem Engagement – oder eben nicht?“ Hier gilt es, besonders Minderheiten klar mit rechtstaatlichen Mitteln vor solchen Angriffen zu schützen, das Erlebte nicht zu bagatellisieren und die Täter zu verfolgen. Zugleich muss Sensibilität und Solidarität für die Betroffenen im Freundes- und Kollegenkreis, im Verein und der Öffentlichkeit eingeübt werden. Interaktive (Theater-)Methoden, wie sie etwa ProPalaver mit irritierenden Fragen in öffentlichen Aktionen einsetzen („Sie wollen doch nicht rechts abbiegen?“), oder konsequent durchgeführte politische Bildung in Schulen sind zumindest ein Anfang.

„ProPalaver“ – Debatte statt Attacke

Ali Wichmann und Kai Helm tragen adrette blaue Wachmann-Uniformen, die mit ihren großen Schirmmützen ein bisschen an die Spielfigur in „Mario Kart“ erinnern. Beide nähern sich neugierig und aufmerksam blickend abwechselnd einigen Teilnehmer*inne im Foyer des MITEINANDER REDEN Kongresses. Sie stellen überraschende Fragen, die irritieren und die Angesprochenen zum Lachen bringen. Auf dieses Überraschungsmoment und die Irritation setzen die beiden Theatermänner bei ihrer Arbeit, um mit dem Gegenüber ins Gespräch zu kommen. Wichmann und Helm sind erfahrene Theatermacher, die Straßentheater ebenso beherrschen wie die große Bühne. Beide haben in den 1980er Jahren Theater gegründet – Helm das Brandungstheater im Alten Land und Ali Wichmann das Scharlatan Theater in Hamburg. „Wir kommen ja von der Straße“, sagt Ali Wichmann, „das ist di-

rekte theatralische Praxis, da geht es um Aktion und die unmittelbare Resonanz auf das Erlebte.“ Wichmann und Helm sind mit ihren Theaterinterventionen überall da, wo man kein Theater erwarten würde. Sie treten als Wachmänner auf, sperren überraschend den Marktplatz mit Straßenhütchen ab und verwickeln Passant*innen bei einer „Gesinnungsprüfung“ in ein politisches Gespräch. Wenn ein*e Passant*in an den Hütchen auf der rechten Seite vorbeigehen will, dann stellen Wichmann und Helm die verwirrende Frage: „Sind Sie sicher, dass Sie rechts vorbeigehen wollen?“ So entsteht mit denjenigen, die sich darauf einlassen, ein Gespräch über rechte Haltungen im öffentlichen Raum. ProPalaver hat auch Aktionen für die Dorfstraße im Methodenkoffer.

Im Rahmen des MITEINANDER REDEN Programms haben sich Wichmann und Helm, nun

als Duo ProPalaver, der Aufgabe verschrieben, Menschen mittels Theatermethoden besser gegen rechtspopulistische Argumentationsmuster zu wappnen und andere Reaktionsweisen einzuüben. In der Förderperiode 2021–2023 haben sie kommunikative Workshops im Projekt „Sag was! Nicht wegsehen, weghören, weggehen – Auseinandersetzungen anders bestehen“ durchgeführt. In diesen Workshops werden Alltagssituationen, in denen Abwertung, Rassismus oder Fremdenfeindlichkeit auftreten und denen viele Menschen eher hilflos begegnen, spiele-

risch nachgestellt und Handlungsalternativen eingeübt. Ali Wichmann erläutert: „Herzstück ist ein interaktives Theaterstück über ein fiktives Gespräch zwischen einem Rechtspopulisten und einem klassischen Mitläufer, der am liebsten wegsieht, weghört, wegläuft, und wenn er überhaupt was sagt, dann garantiert das Falsche. Die Teilnehmer*innen können aktiv in die Szene eingreifen, sie verändern oder Neues hinzufügen. So erfahren sie mehr über die eigenen Einstellungen, können Verhalten modifizieren und neue Erfahrungen machen.“ Doch damit noch



nicht genug, in der Förderperiode 2022–2024 sind ProPalaver wieder mit einem neuen interaktiven Konzept dabei: „Nur wer den Mund aufmacht, wird gehört“. Auch dieses Mal geht es darum, mit Theaterformaten und kommunikativen Strategien Menschen zu motivieren, eine aktive Rolle in der Gesellschaft zu übernehmen und so die Demokratie zu stärken. Sehr konkret wird an möglichen Antworten auf alltagsrassistische Parolen wie „Die Ausländer sind doch alle kriminell und nehmen uns die Arbeitsplätze weg“ gearbeitet. Methoden wie Nachfragen, Pause machen oder emphatisches Zuhören werden gemeinsam eingeübt, um im Alltag Antworten parat zu haben. Ali Wichmann will „Menschen in die Lage versetzen, rassistischen und populistischen Aggressionen entgegenzutreten, ohne unterzugehen.“



Erste Hilfe bei rassistischen und populistischen Verletzungen

- Nicht wegsehen, weghören, weggehen
- Behalte die Nerven, auch wenn es schwer fällt
- Zeige deine Haltung ohne Aggression
- Stelle Fragen und höre zu
- Vermeide die Eskalation und bleibe zugewandt

www.miteinanderreden.net/projekteimdetail/sag-was-nicht-wegsehen-weghoeren-weggehen

www.miteinanderreden.net/projekteimdetail/propalaver-nur-wer-den-mund-aufmacht-wird-gehört

Auf Frauen schauen

Die Rolle von Mädchen und Frauen in der rechten Szene wird oftmals unterschätzt. Sie werden häufig als unpolitisch oder Mitläuferinnen wahrgenommen. Dabei spielen gerade Frauen in der rechtspopulistischen Parteienlandschaft Europas eine wichtige Rolle – zu denken sei hier nur an Alice Weidel, Beatrice von Storch, Marine Le Pen oder Giorgia Meloni, die dem in entsprechenden Kreisen oftmals vorherrschenden Frauenbild deutlich zuwiderlaufen. Die aktuelle Mittelstudie belegt zudem, dass sogar mehr Frauen eine streng rechtsextreme Anschauung teilen als Männer. Auf Gesamtdeutschland bezogen besitzen 8,3% der Befragten ein manifestes rechtsextremes Weltbild, auf Männer entfallen 7,7%, auf Frauen sogar 8,9%. Die Unterschiede stechen insbesondere in zwei Dimensionen heraus: Männer sind mit 17,4% etwas häufiger nationalchauvinistisch eingestellt als Frauen (15,9%), Frauen hingegen fremdenfeindlicher (Frauen: 17,1%, Männer: 15,4%) (Zick/Mokros 2023, S.75). Auch die Ergebnisse der sogenannten „Landfrauenstudie“ weisen darauf hin, dass unter Frauen, die in der Landwirtschaft tätig sind oder auf einem Hof leben, Narrative des Verlustes und der Abwehr sowie antidemokratische Haltungen verbreitet sind (Pieper 2023). Nicht zuletzt generieren und verbreiten Frauen „rechte“ Styles millionenfach in den sozialen

Medien. Viele weibliche Anhänger rechter Gruppierungen propagieren rückwärtsgewandten und menschenverachtenden Content, in denen von Mutterschaft und nordischer Rasse phantasiert wird. „Die Apolitisierung allgemeinverständlicher kultureller Styles, wie hier die der Ritterfrau, der Bürgerin oder der Kronprinzessin, ist ihr toxisches Gefahrgut. Denn nur, wenn man genau hinsieht und damit automatisch bestimmte Schubladen im kulturellen Gemeinwissen öffnet, erkennt man die leichten Verschiebungen der Rollenbilder, die durch diese Frauen beschworen werden.“ (Sircar 2021, S.171)

Frauen sollten als Unterstützerinnen des Rechtsextremismus nicht länger ausgeblendet bleiben. Sie sollten in ihren unterschiedlichen Erscheinungsformen besser verstanden werden, um nicht nur Stereotypisierung zu vermeiden, sondern auch um ihre Rolle im Radikalisierungsprozess angemessen bewerten zu können. Denkbar wäre eine eigene demokratiefördernde politische Strategie, die sich an den Themen und Lebenswelten von Frauen ausrichtet. Denn die Verheißung eines vermeintlich traditionellen Lebensmodells mit klaren Rollenverteilungen, entlastet von allen Anforderungen der Moderne, und einer Selbstaufwertung über die Mutterschaft sind für viele Mädchen und Frauen durchaus reizvoll.

Fazit

Negative Gefühle der Enttäuschung und des Misstrauens, der Verunsicherung, des „Abgehängtseins“, der Einsamkeit und des Ressentiments haben Hochkonjunktur. So traut nach Angaben einer Forsa-Umfrage für den Deutschen Beamtenbund 2023 nur noch rund ein Viertel (27%) der Bevölkerung dem Staat zu, der Erfüllung seiner Aufgaben gewachsen zu sein. Für überfordert halten den deutschen Staat ganze 69% (Klenner 2023). Einerseits speisen sich diese Gefühle aus dem Erleben von „Polykrisen“, wie Pandemie, Krieg und Inflation, denen sich die Menschen in Teilen hilflos ausgeliefert sehen; andererseits können Einsamkeit, „Abgehängtsein“ und Ressentiment sich gegenseitig verstärken und die Betroffenen anfälliger für antidemokratische Haltungen machen. Die AfD konnte so in zweierlei Hinsicht an Boden gewinnen. Einerseits konnte die Partei sich weiter als „Volksversteherin“ etablieren (Mullis 2024) und andererseits an eben jenen negativen Gefühlen andocken und die Bedrohungslage argumentativ verstärken. Kommunal-, Landes- und Bundespolitik sind sich uneins, wie mit den Feinden der Demokratie umzugehen ist, und zeigen keine einheitliche Haltung gegen den Rechtspopulismus. Vielmehr verstärken sie die Angstnarrative – „wirtschaftliche Lage dramatisch schlecht“ (so Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck) – oder sprechen teilweise selbst von „Migrationskrisen“.

Auch wenn viele Bürger*innen den Eindruck haben, die deutsche Gesellschaft würde alsbald auseinanderbrechen, so lassen sich empirisch für eine voll-

ständig in Lager zerfallende Gesellschaft keine Belege finden (Mau et al. 2023; Teichler et al. 2023, S. 103), gleichwohl erschweren soziale Segregation und das Leben in der eigenen „Blase“, alltagsweltliche Entkopplung und starre politische Haltungen das gesellschaftliche Miteinander. Unterschiedliche Milieus treffen nur selten im öffentlichen Raum aufeinander, um dort über Positionen, Haltungen und Zukunftsfragen zu streiten und zu verhandeln. Doch genau hier ließe sich anknüpfen: nicht mehr Spaltendes betonen, sondern Einendes. Es braucht eine Kommunikationswende, die konsequent über die Folgen rechtspopulistischer und rechtsextremer Politik aufklärt; sich klar von rechten Begriffen und Narrativen fernhält; die nicht polarisiert, sondern eint; die Themen aufgreift, die für Bürger*innen von Relevanz sind; und sie auffordert sich, für die Demokratie einzusetzen.

Auf lokaler Ebene gilt es die Zivilgesellschaft durch Vernetzung und klare Haltung gegen rechts zu stärken; Bürger*innen miteinander ins Gespräch und in Aushandlungsprozesse zu bringen; Engagierte gegen rechts nicht zu diskreditieren; Kommunalpolitiker*innen zu schulen; ein besseres Krisenmanagement zu etablieren; und die Opfer rechter Gewalt nicht zu vergessen. Darüber hinaus braucht es eine Sozial- und Wirtschaftspolitik, die soziale und territoriale Ungleichheiten abmildert und somit dem Populismus und Rechtsextremismus den Boden entzieht, auf dem sie gedeihen können.

Die Autorin



Professor Dr. Claudia Neu ist seit September 2016 Leiterin des Fachgebiets Soziologie ländlicher Räume der Universitäten Göttingen und Kassel. Von 2009 bis 2016 war sie Professorin für Allgemeine Soziologie und empirische Sozialforschung an der Hochschule Niederrhein. Sie studierte und promovierte an der Universität Bonn. Neu ist unter anderem Vorsitzende des Sachverständigenrates „Ländliche Entwicklung“ beim Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen in den Themenbereichen demografischer Wandel, Daseinsvorsorge, Zivilgesellschaft und Einsamkeit.

Literatur

- Ancuta, S., Presinger, A. (2021). *Analoge Spiele für die politische Bildung*. Wien.
- Bender, M. C. (2021). „Frankly, We Did Win This Election“. *The Inside Story of How Trump Lost*. New York.
- Biskamp, Floris (2016). Angst Traum „Angst Raum“. In: *Überblick*, 3, 3–10.
- Brandt, K., Durczak, M., Tiefenthal, G., Zimenkova, T. (2020). Deliberative Räume als Gegenentwurf zu rechten Räumen – das Projekt ZuNaMi. In: Berg, L., Überlacker, J. (Hrsg.). *Rechtes Denken, rechte Räume?* Bielefeld, 223–243.
- Brülle, J., Spannagel, D. (2023). Einkommensungleichheit als Gefahr für die Demokratie. *WSI Report Nr. 90*, November 2023.
- Bücken, S., Ebert, T., Götz, F. M., Entringer, T. M., Luhmann, M. (2020). In a Lonely Place: Investigating Regional Differences in Loneliness. In: *Social Psychological and Personality Science (SPPS)*, 12(2). <https://doi.org/10.1177/1948550620912881>
- Bundesministerium des Inneren und für Heimat (2023). *Verfassungsschutzbericht 2022*. Berlin.
- Bundesverband Mobiler Beratungen (2023). *Jahresrückblick 2023*. Dresden.
- Bundeszentrale für politische Bildung (o. J.). *Neue Rechte*, <https://www.bpb.de/themen/rechtsextremismus/dossier-rechtsextremismus/500801/neue-rechte>
- Bujard, M., Andersson, G. (2024). Fertility declines near the end of the COVID-19 pandemic: Evidence of the 2022 birth declines in Germany and Sweden. In: *European Journal of Population*, 40(4). <https://doi.org/10.1007/s10680-023-09689-w>
- Cacioppo, J. T., Cacioppo, S. (2018). The growing problem of loneliness. In: *The Lancet* 391, 426.
- CORRECTIV (2024). *Geheimplan gegen Deutschland*, 10. Januar 2024. <https://correctiv.org/aktuelles/neue-rechte/2024/01/10/geheimplan-remigration-vertreibung-afd-rechtsextreme-november-treffen>
- D’Hombres, B., Barjaková, M., Schnepf, S. V. (2021). *Loneliness and Social Isolation. An Unequally Shared Burden in Europe*. IZA Discussion Papers, No. 14245. Bonn.
- Decker, O., Kiess, J., Heller, A., Brähler, E. (Hrsg.) (2022). *Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten. Neue Herausforderungen – alte Reaktionen?* Leipziger Autoritarismus Studie 2022. Gießen.
- Delto, J., Zick, A., Hüster, T. (2023). *Mittendrin im Sportverein*. In: Zick, A., Küpper, B., Mokros, N.: *Die distanzierte Mitte*. Hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn, 327–334.
- Deppisch L., Osigus, T., Klärner A. (2023). *Rechtsextreme Konzerte und Völkische Siedler: Welche Möglichkeiten bieten ländliche Räume?* *Neue Kriminalpolitik* 35(4), 455–469.
- Deppisch, L. (2019). „Wo sich Menschen auf dem Land abgehängt fühlen...“, hat der Populismus freie Bahn“. *Thünen Working Paper 119*. Braunschweig.
- Deppisch, L., Klärner, A., Osigus, T. (2019). Ist die AfD in ländlichen Räumen besonders erfolgreich? In: Janine Dieckmann (Hrsg.): *Wissen schafft Demokratie. Ländlicher Raum*, Jena, 75–87.
- Deppisch, L., Osigus, T., Klärner, A. (2023). „Gefühle des Abgehängtseins“ in ländlichen Räumen? Braunschweig. doi: 10.3220/PB1693809389000
- DER FREITAG/Maxi Leinkauf (2023). *Intendant Steffen Mensching: „Wir sehen uns nicht als politische Botschafter“*. Ausgabe 29/2023.
- DER SPIEGEL (2023). „Wir Ostdeutsche müssen uns mehr als bisher mit uns beschäftigen“. Interview mit Raj Kollmorgen, *Spiegel Chronik* 2023, 6.12.2023.
- DER SPIEGEL/Thembi Wolf (2019). *Zu wenig Frauen, zu wenig junge Leute: Warum der Osten so radikal wurde*. Interview mit Katja Salomo, 11.9.2019.
- Destatis (2021). *Datenreport 2021 – Sozialbericht für Deutschland*. Wiesbaden.

- Destatis (2022). 15. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung. Wiesbaden. <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Bevoelkerungsvorausberechnung/begleitheft.html>
- Destatis (2024a). Migration und Integration. Wiesbaden. https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Migration-Integration/_inhalt.html
- Destatis (2024b). Nettozuwanderung von 121 000 Menschen aus der Ukraine im Jahr 2023, Pressemitteilung No 65. Wiesbaden. https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2024/02/PD24_065_12411.html
- Deutschland Monitor '23 – Kurzbericht (Zentrum für Sozialforschung Halle e.V./Institut für Politikwissenschaft Friedrich-Schiller-Universität Jena/GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften (Hrsg.)) (2024). Deutschland Monitor '23 – Kurzbericht. Halle/Jena/Mannheim.
- Deutschland Monitor '23 (Zentrum für Sozialforschung Halle e.V./Institut für Politikwissenschaft Friedrich-Schiller-Universität Jena/GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften (Hrsg.)) (2024). Deutschland Monitor '23. Halle/Jena/Mannheim.
- Diermeier, M. (2020). Ist mehr besser? Politische Implikationen der disparaten Daseinsvorsorge in Deutschland. In: Zeitschrift für Politikwissenschaft 30, 539–568.
- Dörre, K. (2019). „Land zurück!“ Arbeiter, Abwertung, AfD. In: WSI-Mitteilungen 72, 168–176.
- Entringer, T. (2022). Epidemiologie von Einsamkeit in Deutschland. Kompetenznetz Einsamkeit Expertise 4. Frankfurt/Berlin.
- Fielitz, M., Marcks, H. (2019). Digital Fascism, Challenges for the Open Society in Times of Social Media. In: UC Berkeley: Center for Right-Wing Studies. <https://escholarship.org/uc/item/87w5c5gp>
- Fleury, C. (2023). Hier liegt die Bitterkeit begraben. Über Ressentiments und ihre Heilung, 2. Aufl., Berlin.
- Fratzscher, M. (2024). AfD wählen – und verlieren. In: DIE ZEIT, 26.1.2024.
- Freiheit, M., Sitzer, P., Heitmeyer, W. (2022). Rechte Bedrohungsallianzen in städtischen Zentren und ländlichen Peripherien – eine vergleichende Analyse. In: Mullis, D., Miggelbrinck, J. (Hrsg.). Lokal extrem Rechts. Bielefeld 2022, 62–83.
- Funke, M., Schularick, M., Trebesch, C. (2024). Populistische Regierungen: Wirtschaftliche und politische Folgen. In: ifo Schnelldienst 77(3), 20–25.
- Gohla, V., Hennicke, M. (2023). Ungleiches Deutschland. Sozioökonomischer Disparitätenbericht 2023. Hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung. Berlin.
- Haffert, L. (2021). The long-term effects of oppression: Prussia, political catholicism, and the alternative für deutschland. In: American Political Science Review, 1–20. <https://doi.org/10.1017/S0003055421001040>
- Hawkey, L. C., Bücker, S., Kaiser, T., Luhmann, M. (2022). Loneliness from Young Adulthood to Old Age. Explaining Age Differences in Loneliness. In: International Journal of Behavioral Development 46 (1), 39–49.
- Heitmeyer, W. (Hrsg.) (2002–2011). Deutsche Zustände. No. 1–10. Frankfurt/Main.
- Helbig, M., Jähnen, S. (2018). Wie brüchig ist die soziale Architektur unserer Städte? WZB Discussion Paper. Berlin.
- Henrich, P. (2024). Ist Ihrer Meinung nach der Wohlstand alles in allem gerecht verteilt oder ist er das nicht? <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1410720/umfrage/umfrage-gerechte-verteilung-des-wohlstands>
- Hochschild, A.R. (2017). Fremd in ihrem Land. Frankfurt.
- Illouz, E. (2023). Undemokratische Emotionen. Berlin.
- Kersten, J., Neu, C., Vogel, B. (2022). Das Soziale-Orte-Konzept. Zusammenhalt in einer vulnerablen Gesellschaft, Bielefeld.
- Kersten, J., Neu, C., Vogel, B. (2024). Einsamkeit und Ressentiment. Hamburg (i. E.).
- Klenner, S. (2023). Noch weniger Vertrauen in den Staat. In: FAZ, 15.8.2023.

- Kommunal Akademie (2024). Präsenz-Workshop „Gut vorbereitet auf Hass und Gewalt“. Hannover.
- Kühntopf, S., Stedtfeld, S. (2012). Wenige junge Frauen im ländlichen Raum. Ursachen und Folgen der selektiven Abwanderung in Ostdeutschland. BiB Working Paper 3/2012. Wiesbaden.
- Küpper, B., Sandal-Önal, E., Zick, A. (2023). Demokratiegefährdende Radikalisierung in der Mitte. In: Zick, A., Küpper, B., Mokros, N.. Die Distanzierte Mitte, hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn, 91 – 136.
- Langenkamp, A., Bienstman, S. (2022). Populism and Layers of Social Belonging: Support of Populist Parties in Europe. In: *Political Psychology* 43, 931 – 949.
- Lloyd, K. (2020). Using Bridging Rhetoric for Deliberative Dissent. Some Insights From India. In: Lloyd, K. (Hrsg.): *The Routledge Handbook of Comparative World Rhetorics*. New York, <https://doi.org/10.4324/9780367809768>
- Lyu, Y., Forsyth, A. (2022). Planning, Aging, and Loneliness: Reviewing Evidence About Built Environment Effects. In: *Journal of Planning Literature*, 37, 28 – 48.
- Mau, S. (2019). *Lütten Klein*. Berlin.
- Mau, S., Lux, T., Westheuser, L. (2023). *Triggerpunkte. Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft*. 3. Aufl. Berlin.
- MDR (7.7.2023). „Feine Sahne Fischfilet“ spielen Publikum-wechsle-dich-Konzert in Sonneberg. <https://www.mdr.de/nachrichten/thueringen/sued-thueringen/sonneberg/feine-sahne-fischfilet-konzert-afd-sesselmann-100.html>
- Miggelbrink, J., Mullis, D. (2022). Das Lokale, Subjektivierung und die extreme Rechte. In: Mullis, D., Miggelbrinck, J. (Hrsg.). *Lokal extrem Rechts*. Bielefeld, 19 – 39.
- Mullis, D., Miggelbrink, J. (2021). Rechtsextremismusforschung in der deutschsprachigen Humangeographie. In: *Geographische Zeitschrift*, 109, 184 – 207.
- Naumann, M. (2021). Infrastruktureller Populismus. In: *Geographische Zeitschrift*, 109, 208 – 226.
- Neu, C. (2022). *Ländliche Räume. Lange Wege der Transformation*. Hrsg. von der Bundeszentrale für politische Bildung, <https://www.bpb.de/themen/deutsche-einheit/lange-wege-der-deutschen-einheit/506204/laendliche-raeume/#node-content-title-5>
- Neu, C. (2022). Place Matters! Raumbezogene Faktoren von Einsamkeit und Isolation. Kompetenznetz Einsamkeit. Expertise 8. Frankfurt/Berlin.
- Neu, C. (2022). Ungleiches Land. In: Belina, B., Kallert, A., Mießner, M., Naumann, M. (Hrsg.): *Ungleiche ländliche Räume*. Bielefeld, 237 – 252.
- Neu, C. (2023). Generationsübergreifendes bürgerschaftliches Engagement für Zukunftsthemen in Kommunen. Hrsg. von Population Europe. Berlin.
- Neu, C., Küpper, B. (2023). Einsamkeit, Feindseligkeit und Populismus. In: Zick, A., Küpper, B., Mokros, N.: *Die distanzierte Mitte*. Hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn, 335 – 353.
- Neu, C., Küpper, B., Luhmann, M. (2023). *Extrem einsam? Die demokratische Relevanz von Einsamkeitserfahrungen unter Jugendlichen in Deutschland*. Hrsg. von Das Progressive Zentrum. Berlin.
- Neu, C., Nikolic, L. (2024). Zukünfte ländlichen Engagements – entgrenzt, kooperativ, jung, demokratisch, in: Mießner, M., Naumann, M., Grabski-Kieron, U., Steinführer, A., Nell, W., Weiland, M. (Hrsg.): *Ländliche Utopien*. Bielefeld (i.E.).
- Neu, C., Riedel, L., Stichnoth, H. (2020). *Gesellschaftliche und regionale Bedeutung von Daseinsvorsorge sowie der Versorgung mit Dienstleistungen und Infrastruktur. Gutachten im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales*. Göttingen/Mannheim.
- Neu, C., Riedel, L., Stichnoth, H. (2021). *Erreichbarkeit von Bildungs-, Gesundheits- und kulturellen Einrichtungen: Einkommensunterschiede, Wünsche nach Investitionen und Einfluss auf die Wohnzufriedenheit*. ZEW Kurzepertise. Mannheim.
- Norris, P., Inglehart, R. (2019). *Cultural Backlash*. Cambridge/UK.

- Oldenburg, R. (1989). *The Great Good Place*. New York.
- Perlman, D. Peplau, L. A. (1981). *Toward a Social Psychology of Loneliness*. In: Gilmour, R., Duck, S. (Hrsg.). *Personal Relationships*, 3. Band. London, 31–56.
- Petersen, T. (2023). Weltlage schlecht, Gefühl trotzdem gut. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 21.12.2023.
- Pieper, J. L. (2023). Frauen wandeln Landwirtschaft? – Transformationsprozesse zwischen Aufbruch und Abwehr; in: Pieper, J. L., Niens, C., Bolten, A., Wicklow, D., Nack, M., Storm, F., Refisch, M., Geef, L., Neu, C.. *Die Lebens- und Arbeitssituation von Frauen auf landwirtschaftlichen Betrieben in Deutschland – soziologische Befunde*. Göttingen, 59–78.
- Quent, M. (2019). *Deutschland rechts außen. Wie die Rechten nach der Macht greifen und wie wir sie stoppen können*. München.
- Rees, Y., Rees, J. H., Zick, A. (2021). Menschenfeindliche Orte – Regionale Ausprägungen rechtsextremer Einstellungen in Deutschland. In: Zick, A., Küpper, B. (Hrsg.) (2021). *Die geforderte Mitte*, hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn, 112–122.
- rheingold Institut (2023). *Orientierung in der Krisenpermanenz*. Köln.
- Rushdie, S. (2023). *Friedenspreis des Deutschen Buchhandels 2023. Ansprachen aus Anlass der Verleihung*. Frankfurt/Main.
- Salomo, K. (2019). *The Residential Context as Source of Deprivation: Impacts on the Local Political Culture. Evidences from the East German State Thüringia*. In: *Political Geography* 69, 103–117.
- Scheler, M. (1978). *Das Ressentiment im Aufbau der Moralen*. Frankfurt.
- Schobin, J. (2022). *Einsamkeit, Gesellschaft und Demokratie. Kompetenznetz Einsamkeit. Expertise 11*. Frankfurt/Berlin.
- Schönborn, L. (2024). Warum die Bauern erfolgreicher sind als die Klimaaktivisten. In: *Krautreporter*, 6.3.2024.
- Schröder, C., Wendt, J. (2023). *Kaufkraft: Starnberger können sich am meisten leisten*; *IW-Nachricht* 6.11.2023.
- Schröder, W., Greef, S., Ten Elsen, J., Heller, L., Inkinen, S. (2022). *Einfallstor für rechts? Zivilgesellschaft und Rechtspopulismus in Deutschland*. Frankfurt/New York.
- Schwenck, V. (2022). *Umfrage zum Zusammenhalt: Das Wir-Gefühl in Deutschland leidet: ARD Themenwoche 2022 „WIR GESUCHT“*. <https://www.swr.de/ard-themenwoche/wir-gesucht-umfrage-zusammenhalt-und-miteinander-in-deutschland-100.html>
- Sicar, R. (2021). *Röcke übers Knie. Häubchen ins Haar*. In: Gaugele, E., Held, S. (Hrsg.). *rechte angriffe toxische effekte*. Bielefeld, 159–175.
- Simonson, J., Kelle, N., Kausmann, C., Tesch-Römer, C. (2022): *Zentrale Ergebnisse des Deutschen Freiwilligen-survey 2019*: In: Simonson, J., Kelle, N., Kausmann, C., Tesch-Römer, C. (Hrsg.): *Freiwilliges Engagement in Deutschland: Der Deutsche Freiwilligen-survey 2019*. Wiesbaden, 1–7.
- Strachwitz, R. Graf (2023). *Eine neue Polyarchie für Europa?* In: BBE (Hrsg.): *Newsletter für Engagement und Partizipation in Europa*. https://www.b-b-e.de/fileadmin/Redaktion/05_Newsletter/02_Europa_Newsletter/2023/enl-03-2023-strachwitz-beitrag.pdf
- Strick, S. (2021). *Rechte Gefühle. Affekte und Strategien des digitalen Faschismus*. Bielefeld.
- Stroppe, A.-K., Jungmann, N. (2022). *Stadt, Land, Wahl. Welchen Einfluss hat der Wohnort auf die Wahlentscheidung bei der Bundestagswahl 2021?* In: *easy_social_sciences*, 67, 49–60.
- Teichler, N., Gerlitz, J.-Y., Cornesse, C., Dilger, C., Groh-Samberg, O., Lengfeld, H., Nissen, E., Reinecke, J., Skolarski, S., Traunmüller, R., Verneuer-Emre, L. (2023). *Entkoppelte Lebenswelten? Soziale Beziehungen und gesellschaftlicher Zusammenhalt in Deutschland*. <https://doi.org/10.26092/elib/2517>
- Urner, M. (2021). *Raus aus der ewigen Dauerkrise*. München.

– Verfassungsschutz Baden-Württemberg (2021). Stabile Geschlechterverteilung, leicht steigendes Durchschnittsalter: ein aktueller Blick auf demografische Daten von Rechtsextremisten und „Reichsbürgern“. Stuttgart.

https://www.verfassungsschutz-bw.de/,Lde/Stabile+Geschlechterverteilung_+leicht+steigendes+Durchschnittsalter_+ein+aktueller+Blick+auf+demografische+Daten+von+Rechtsextremisten+und+_Reichsbuergern_

– Zick, A., Küpper, B., Mokros, N. (2023). Die distanzierte Mitte. Hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn.

– Zick, A., Mokros, N. (2023). Rechtsextreme Einstellungen in der Mitte. In: Zick, A., Küpper, B., Mokros, N.. Die distanzierte Mitte. Hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn, 53–90.

– Zick, A., Sandal-Önal, E. (2023). Krisenungewissheit und ihr Zusammenhang zu anti- und prodemokratischen Überzeugungen. In: Zick, A., Küpper, B., Mokros, N.. Die distanzierte Mitte. Hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn, 219–242.

Bildnachweise

– Titelbild: Plakate der Künstler Moritz Frei, David Voss, Norbert Bisky und David Schnell (v. li. n. re.) für die Kampagne #machdeinkreuz, Gestaltung: Hawaii F3, Theinert und Dutz Gbr, Quelle: #machdeinkreuz/Netzwerk kompliz*

– S. 28/29: „demoSlam“ © Ilona Maier

– S. 31: Portrait Prof. Dr. Beate Küpper: © Daniela König

– S. 35: „Weimar“ © Spielecafé der Generationen

– S. 38: „Recht gegen rechts“: © Jung von Matt SPREE/Julius Witt

– S. 40 / 41: „ProPalaver“ © Kai Helm und Ali Wichmann

– S. 42: Portrait Prof. Claudia Neu © Anna Tiessen

Population Europe Discussion Papers Series

No 01 / August 2012

**Perspectives of Policy-relevant
Population Studies**

Tommy Bengtsson et al.

No 02 / December 2015

**Demographic Change on the Political Agenda
of the European Commission**

Ann Zimmermann

No 03 / December 2015

EU Civil Society and Demographic Change

Ann Zimmermann

No 04 / February 2017

**Social Vulnerability
as an Analytical Perspective**

Ann Zimmermann

No.05 / April 2017

**Family Diversity and its Challenges
for Policy Makers in Europe**

Daniela Vono de Vilhena and Livia Sz. Oláh

No 06 / June 2017

**Green Book Ageing Society:
How "New Ageing" Will Change Our Lives**

Editors: James W. Vaupel and Andreas Edel

No 07 / March 2018

**Knowing the Unknown.
Irregular Migration in Germany**

Daniela Vono de Vilhena

No 08 / September 2018

**Similar but Different: Inclusion and
Exclusion of Immigrant Communities
Sharing Similar Cultural Backgrounds
with Their Host Societies**

Aimie Bouju and Andreas Edel

No 09 / September 2018

**Ageing Workforce, Social Cohesion
and Sustainable Development: Political
Challenges within the Baltic Sea Region**

Editors: Paul Becker, Johanna Schütz and
Ann Zimmermann

No 10 / December 2018

**Gender (In)Equality over the Life Course:
Evidence from the Generations & Gender
Programme**

Editors: Anne H. Gauthier, Irena E. Kotowska
and Daniela Vono de Vilhena

No 11 / December 2019

**Migrant Families in Europe: Evidence from the
Generations & Gender Programme**

Editors: Teresa Castro Martin, Judith Koops and
Daniela Vono de Vilhena

No 12 / January 2021

**Crossing Borders:
How Public Should Science Be?**

Andreas Edel, Lukas Kübler, Emily Lines,
Patrizia Nanz, Katja Patzwaldt, Guido Speiser,
Dorota Stasiak and Markus Weißkopf

No 13 / May 2021

**Post-Pandemic Populations
Die soziodemografischen Folgen der
COVID-19-Pandemie in Deutschland**

Editor: Emily Lines

No 14 / February 2022

**Green Family
Generationengerechtigkeit im Klimawandel**

Erich Striessnig, Nadine Vera Mair, Tobias Johannes
Silvan Riepl
in collaboration with Andreas Edel, Susanne Hüb,
Mahalia Thomas and Daniela Vono de Vilhena

No 15 / June 2022

Grünbuch Alternde Gesellschaft II

Altern – nicht nur eine Frage des Alters.

Neue Perspektiven auf ein längeres Leben

Editors: Andreas Edel and Mahalia Thomas

No 16 / December 2022

Transdisciplinarity

A Research Mode for Real-World Problems

Editor: Fanny A. Kluge

No 17 / January 2023

Generationenübergreifendes bürgerschaftliches Engagement für Zukunftsthemen in Kommunen – Potenziale der verschiedenen Altersgruppen im Blick

Claudia Neu

No 18 / June 2023

Better Policies and Laws

to Address Migrants' Vulnerabilities

10 Key Messages from the VULNER Project

Editors: Kate Dearden and Peter Weissenburger

No 19 / July 2023

White Paper on Migration Uncertainty:

Towards Foresight and Preparedness

Jakub Bijak, Daniela Vono de Vilhena, Michaela Potančoková and the QuantMig Team

No 20 / July 2023

Regional Population Diversity

and Social Cohesion in the Local Context

Editor: Öndercan Muti

